

Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Redaktion 3141.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 35.

Breslau, Freitag, den 11. Februar 1916.

27. Jahrgang.

Neue Verschärfung des Seefrieges Eine Warnung an die Neutralen!

Die deutsche Regierung kündigt den neutralen Mächten der Welt eine neue Verschärfung des Seefrieges, also des Unterseebootkrieges, der für uns allein noch in Betracht kommt, an! Sie hat aus aufgefundenen Papieren englischer Schiffe die Gewissheit entnommen, daß England nicht nur alle seine geeigneten Rauffahrtsschiffe bewaffnet, sondern daß es ihnen auch den Auftrag gibt, angreifende Unterseeboote vorzuziehen, wenn eine Verfolgung befürchtet wird, auch ehe das Unterseeboot eine feindliche Handlung tatsächlich begeht. England hat damit seine Handelsdampfer zu Kriegsschiffen gemacht und Deutschland gebietet sie von nun an auch als solche zu behandeln, ohne Rücksicht darauf, ob England ihre Passagiere weiter den damit verbundenen Gefahren aussetzt.

Da diese Verschärfung des Seefrieges recht tief in die Interessen der Neutralen eingreift und muß, hat die Regierung diese am 10. Februar durch eine besondere Denkschrift von ihrer Absicht verständigt. Bekanntlich benutzen noch immer Angehörige neutraler Staaten zur Ueberfahrt von Amerika nach Europa, zur Durchquerung des Mittelmeeres, zur Ueberkreuzung der Nordsee die Passagier- und Handelsdampfer unserer Geener — sie begeben sich damit in die größte Gefahr. Bekanntlich haben die Engländer auch oft genug ihre Schiffe unter falscher Flagge fahren und sogar angreifen lassen; da eine genaue Unterscheidung nicht immer möglich und Verwechslungen nicht immer ausgeschlossen sind, kann dem verheerendsten Kriege irrtümlicherweise auch ein neutrales Schiff zum Opfer fallen! Aus diesen Gründen gibt die Regierung den Neutralen noch eine kurze, nicht näher umschriebene Frist, in der sie sich auf die neuen Verhältnisse einrichten und die auf der Fahrt befindlichen Schiffe und Menschen in Sicherheit bringen sollen. Denn die Warnung gilt nicht nur für das engere Kriegsgebiet, sondern für alle Meere, weil ja auch die englischen Schiffe für alle Meere ihre Anweisungen haben!

Deutschlands Regierung hofft, die Neutralen werden verstehen, daß es sich hierbei um eine notgedrungene Abwehr handelt gegenüber den völkerrechtswidrigen Aufträgen, die England seinen Rauffahrtsschiffen gestellt hat. Trotzdem ist es natürlich nicht ganz ausgeschlossen, daß es zu neuen Verwicklungen mit unbeteiligten Regierungen, besonders mit Amerika, kommt. Aber eine Kanzlerunterredung, die heute veröffentlicht wird, kündigt an, daß Deutschland entschlossen sei, auch die Folgen einer Nichtverständigung mit den Vereinigten Staaten zu tragen. Besonders in Rücksicht auf amerikanische Wünsche hatte Deutschland bekanntlich seinem Unterseebootkrieg gewisse Beschränkungen auferlegt, die dem Schutze neutralen Leben und neutraler Interessen dienen. Wenn dieselben in Zukunft nicht mehr gelten sollen, dann scheint das unabwendbare Interesse Deutschlands maßgebend zu sein, England an einem unvermeidbaren Punkte zu fassen, was bisher bekanntlich nicht gelungen ist. Die Befürworter der Verschärfung gehen von der Ansicht aus, daß die Verminderung des Schiffsraumes, über die England in steigendem Maße verfügt, sowohl die Ansprüche der Verbündeten Englands auf Hilfe gefährdet, als auch die eigene Ernährung Britanniens in steigendem Maße bedroht. Denn England ist in der Abhängigkeit seiner Industrie, wie in der Ernährung seiner Bevölkerung ganz auf die Einfuhr angewiesen und diese hat aus Rücksicht vor den Unterseebooten, wegen Verwendung von Handelsdampfern zu militärischen Zwecken, wegen notwendiger Hilfeleistung für andere Staaten, zum Beispiel Italien, schon jetzt eine solche Einschränkung erfahren, daß das Land schwer bedroht ist. Rowan und andere sind der Meinung, daß die Unbehaglichkeit Englands und damit seine Nachgiebigkeit sehr schnell wachsen werden, wenn diese Gefahr zuwiderkommt. Er glaubt, Kriegsschiffe auf dem Lande spazieren zu lassen, wenn man England Orientierung verschaffen kann, aufzwingen kann, und es bleibt nur die Frage offen, ob wir etwa an neuen Feinden das hinzubekommen, um was England geschwächt werden soll. Doch steht die Wahl heute nicht mehr frei, die Verschärfung ist angefündigt und wird kommen und wir können nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß sie durchgeführt wird ohne schwere Unfälle und Schädigungen von Nichtkombattanten und daß sie das Ziel der Befreiung Englands schnell erreicht, das sie sich gesetzt hat.

aufzwingen kann, und es bleibt nur die Frage offen, ob wir etwa an neuen Feinden das hinzubekommen, um was England geschwächt werden soll. Doch steht die Wahl heute nicht mehr frei, die Verschärfung ist angefündigt und wird kommen und wir können nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß sie durchgeführt wird ohne schwere Unfälle und Schädigungen von Nichtkombattanten und daß sie das Ziel der Befreiung Englands schnell erreicht, das sie sich gesetzt hat.

Gleichzeitig mit der deutschen Regierung hat die österreichische eine ähnliche Rundgebung an die neutralen Staaten erlassen, die mit dem im Mittelmeer desselben Verkehrs gewärtig sein müssen als in allen anderen Meeren. Hier wird ein besonderer Datum für den Beginn des neuen Seefrieges genannt, nämlich der 23. Februar.

Die Denkschrift.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht nachstehende Denkschrift der kais. deutschen Regierung, die am 10. Februar den diplomatischen Vertretern der neutralen Mächte in Berlin mitgeteilt worden ist:

I.
1. Schon vor Ausbruch des gegenwärtigen Krieges hatte die britische Regierung englischen Reedereien Gelegenheit gegeben, ihre Rauffahrtsschiffe mit Geschützen zu armieren. Am 26. März 1913 gab der damalige Erste Lord der Admiralität, Winston Churchill, im britischen Parlament die Erklärung ab, daß die Admiralität die Reedereien aufgefordert habe, zum Schutze gegen die in gewissen Fällen von schnellen Hilfskreuzern anderer Mächte drohenden Gefahren eine Anzahl erstklassiger Zerstörer zu bewaffnen, die dadurch aber nicht etwa selbst den Charakter von Hilfskreuzern annehmen sollten. Die Regierung wolle den Reedereien diese Schiffe bis zum notwendigen Geschütze, die genügende Munition und geeignete Personal zur Schulung von Bedienungsmannschaften zur Verfügung stellen.
2. Die englischen Reedereien sind der Anforderung der Admiralität bereitwillig nachgekommen. So konnte der Präsident der Royal Mail Steam Packet Company, Sir Ewen Phillips, den Aktionären seiner Gesellschaft bereits im Mai 1913 mitteilen, daß die größten Dampfer der Gesellschaft mit Geschützen ausgerüstet seien; ferner veröffentlichte im Januar 1914 die britische Admiralität eine Liste, wonach 29 Dampfer verschiedener englischer Linien bewaffnet wurden.
3. In der Tat stellen sich nach Ausbruch des Krieges bewaffnete Kreuzer dar, die englische Zerstörer bewaffnet waren. Die britische Regierung hat die Admiralität angewiesen, die Bewaffnung der Dampfer in Libreville, der am 7. Oktober 1914 von dem deutschen Hilfskreuzer „Kronprinz Wilhelm“ angegriffen wurde, am 4. Oktober 1914 zu beenden. Auch wurde am 1. Februar 1915 ein deutsches Unterseeboot im Kanal durch eine englische Yacht beschossen.

II.
1. Was den völkerrechtlichen Charakter bewaffneter Rauffahrtsschiffe betrifft, so hat die britische Regierung für die eigenen Rauffahrtsschiffe den Standpunkt angenommen, daß solche Schiffe so lange den Charakter von friedlichen Handelsschiffen behalten, als sie die Waffen nur zu Verteidigungszwecken führen. Demgemäß hat der britische Botschafter in Washington der Amerikanischen Regierung in einem Schreiben vom 25. August 1914 die weitestgehenden Versicherungen abgegeben, daß britische Rauffahrtsschiffe niemals zu Angriffszwecken, sondern nur zur Verteidigung bewaffnet werden, daß sie infolgedessen niemals feuern, es sei denn, daß zuerst auf sie gefeuert wird. Für bewaffnete Schiffe anderer Flaggen hat dagegen die britische Regierung den Grundsat aufgestellt, daß sie als Kriegsschiffe zu behandeln seien; in den Prize Court Rules, die durch die Order in Council vom 5. August 1914 erlassen worden sind, ist unter Nr. 1 der Order I ausdrücklich bestimmt: „ship of war shall include armed ship“. (Als Kriegsschiff soll auch ein bewaffnetes Schiff gelten.)
2. Die Deutsche Regierung hat keinen Zweifel, daß ein Rauffahrtsschiff durch die Armierung mit Geschützen kriegerischen Charakter erhält, und zwar ohne Unterschied, ob die Geschütze nur der Verteidigung oder auch dem Angriff dienen sollen. Sie hält jede kriegerische Betätigung eines bewaffneten Rauffahrtsschiffes für völkerrechtswidrig, wenn es auch der entgegengelegten Auffassung dadurch Rechnung trägt, daß sie die Besatzung eines solchen Schiffes nicht als Piraten, sondern als Kriegsführende behandelt. Im einzelnen ergibt sich ihr Standpunkt aus dem im Oktober 1914 der Amerikanischen Regierung und inhaltlich auch anderen neutralen Mächten mitgeteilten Aufzeichnung über die Behandlung bewaffneter Rauffahrtsschiffe in neutralen Häfen.
3. Die neutralen Mächte haben sich zum Teil der britischen Auffassung angeschlossen und demgemäß bewaffneter Rauffahrtsschiffe der Kriegsführenden Mächte den Aufenthalt in ihren Häfen und Meeren ohne die Beschränkungen gestattet, die sie Kriegsschiffen durch ihre Neutralitätsbestimmungen auferlegt hätten. Zum Teil haben sie aber auch den entgegengelegten Standpunkt eingenommen und bewaffnete Rauffahrtsschiffe Kriegsführender den für

III.
1. Im Laufe des Krieges wurde die Bewaffnung englischer Rauffahrtsschiffe immer allgemeiner durchgeführt. Aus den Berichten der deutschen Seestreitkräfte wurden zahlreiche Fälle bekannt, in denen englische Rauffahrtsschiffe nicht nur den deutschen Kriegsschiffen bewaffneten Widerstand entgegensetzten, sondern ihrerseits ohne weiteres zum Angriff auf sie übergingen, wobei sie sich häufig auch noch falscher Flaggen bedienten. Eine Zusammenstellung solcher Fälle, die nach Lage der Sache nur einen Teil der wirklich erfolgten Angriffe umfassen kann, ist der Denkschrift beigelegt. Aus der Zusammenstellung geht hervor, daß sich das geschilderte Verhalten nicht auf englische Rauffahrtsschiffe beschränkt, vielmehr von den Rauffahrtsschiffen der Verbündeten Englands nachgeahmt wird.
2. Die Aufklärung für das geschilderte Vorgehen der bewaffneten englischen Rauffahrtsschiffe enthalten die geheimen Anweisungen der britischen Admiralität, die von deutschen Seestreitkräften auf weggenommenen Schiffen gefunden worden sind und in acht Anlagen photographisch wiedergegeben werden. Diese Anweisungen weisen bis ins einzelne den unterzeichneten Kommandanten englischer Rauffahrtsschiffe und bewaffneter Unterseeboote, die enthalten genaue Vorschriften über die Aufnahme, Behandlung, Tätigkeit und Kontrolle der auf Bord der Rauffahrtsschiffe übernommenen britischen Besatzungsmannschaften, die, z. B. in neutralen Häfen

keine Uniform tragen sollen, also offenbar der britischen Kriegsmarine angehören. Vor allem aber ergibt sich daraus, daß diese bewaffneten Schiffe nicht etwa irgend eine kriegsrechtliche Maßnahme der deutschen Unterseeboote abwarten, sondern diese ohne weiteres angreifen sollen. In dieser Hinsicht sind folgende Vorschriften besonders lehrreich:

a. Die „Regeln für die Benutzung und die sorgfältige Instandhaltung der Bewaffnung von Rauffahrtsschiffen, die zu Verteidigungszwecken bewaffnet sind“, bestimmt in dem Abschnitt „Gefahr“ unter Nr. 4: „Es ist nicht ratsam, das Feuer auf eine größere Entfernung als 800 Yards zu eröffnen, es sei denn, daß der Feind das Feuer bereits vorher eröffnet hat.“ Grundätzlich hat hiernach das Rauffahrtsschiff die Aufgabe, das Feuer zu eröffnen ohne Rücksicht auf die Haltung des Unterseebootes.
b. Die Anweisungen, betreffend Unterseeboote, herausgegeben für Schiffe, die zu Verteidigungszwecken bewaffnet sind“, schreiben unter Nummer 3 vor: „Wenn bei Tage ein Unterseeboot ein Schiff offensichtlich verfolgt, und wenn dem Kapitän augenscheinlich ist, daß es feindliche Absichten hat, dann soll das verfolgte Schiff zu seiner Verteidigung das Feuer eröffnen, auch wenn das Unterseeboot noch keine entschiedene feindliche Handlung, wie z. B. Abwerfen eines Geschützes oder eines Torpedos begangen hat.“ Auch hiernach genügt also das bloße Erscheinen eines Unterseebootes im Kielwasser des Rauffahrtsschiffes als Anlaß für einen bewaffneten Angriff.
In allen diesen Befehlen, die sich nicht etwa nur auf die Kriegsjahre um England beziehen, sondern in ihrem Geltungsbereich unbeschränkt sind, wird auf die Gefährdung der größten Nachdruck gelegt, und zwar offenbar deshalb, damit das völkerrechtswidrige und mit den britischen Versicherungen in vollem Widerspruch stehende Vorgehen der Rauffahrtsschiffe dem Feinde wie den Neutralen verborgen bleibe.

3. Hiernach ist klarzustellen, daß die bewaffneten englischen Rauffahrtsschiffe den amtlichen Auftrag haben, die deutschen Unterseeboote überall wo sie in ihre Nähe gelangen, heimtückisch zu überfallen, also rücksichtslos gegen sie Krieg zu führen. Da die Seefriegesregeln Englands von seinen Verbündeten ohne weiteres übernommen worden, muß der Nachweis auch für die bewaffneten Rauffahrtsschiffe der anderen feindlichen Staaten als erbracht gelten.
1. Unter den vorstehend dargelegten Umständen haben feindliche Rauffahrtsschiffe, die mit Geschützen bewaffnet sind, kein Recht mehr, darauf als friedliche Handelsschiffe angesehen zu werden. Die deutschen Seestreitkräfte werden daher nach einer kurzen, den Interessen der Neutralen Rechnung tragenden Frist den Befehl erhalten, solche Schiffe als Kriegsführende zu behandeln.
2. Die Deutsche Regierung gibt den neutralen Mächten von dieser Sachlage Kenntnis, damit sie ihre Angehörigen warnen können, weiterhin ihre Person oder ihr Vermögen bewaffneten Rauffahrtsschiffen der mit dem Deutschen Reiche im Kriege befindlichen Mächte anzuvertrauen.
Berlin, den 8. Februar 1916.
Die sämtlichen in der Denkschrift erwähnten Anlagen sind in 12 Anlagen beigelegt.
Keine Lösung.
Berlin, 11. Februar. Der Berliner Korrespondent der „Volksrecht“ teilt mit, daß die Verhandlungen über die Entledigung des „Emilia“-Falles als jeder amtlichen Grundlage entbehrend. An Berliner maßgebenden Stellen ist keine Nachricht über die Annahme der letzten deutschen Vor schläge durch die amerikanische Regierung eingegangen. Unser Botschafter hat überhaupt seit Bekanntwerden der letzten Vor schläge nicht darüber berichtet.
Rechtlich stellt auch Wolffs Telegraphen-Bureau den Lai-

Montenegro während der Waffenstreckung.

Von Hugo Schulz, Wien.

gest. 25. Januar 1916. (Verfälscht eingetroffen.)

Die Lage ist augenblicklich folgende: In Podgorica haben die serbisch-ungarischen Truppen den Schutz der Bevölkerung übernommen, die sich von unregelmäßigen abhänghen Gruppen bedroht fühlte. Die albanischen Grenztruppen sind durch den Rückzug in den Besitz großer Mengen von Waffen und Munition gekommen. Der serbische Rückzug über Noel nach Stuzica war mehr ein Landstreichzug völlig aufgelöster Banden, die vom Hunger zum Aussetzen gequält waren. Wo sie konnten, raubten sie. Samojich aber trüben sie ihr Leben im Verkauf der Waffen und ihrer Ausrüstung.

Ein Stück Brot erhielt ein Albaner ein Mannergewehr. Ein Stück Sammelkettchen ein Pferd. Serbische Verbände, die in Montenegro zurückgeblieben waren, machten am 22. Januar das Land verlassen, da Montenegro die eigenen Truppen nicht mehr ernähren konnte. Dennoch blieben noch Reste, die man in kleinen Gruppen nach Cetina gebracht und dort in Gefangenschaft abgeführt werden.

Die Waffenstreckung erfolgte ohne Schwierigkeiten. Mit dem 22. Januar hat sich die montenegrinische Streitmacht gänzlich aufgelöst. Die Serben erklärten, dass sie alles verloren und ganze Bataillone ihren Kameraden, welche begannen die Plünderung der Magazine in Nikschitz, auch in Erzug, in Podgorica und in Cetina. Die Montenegriner hatten dort ganz friedlich Wohnende von Schüssen, Mordanschlägen und Sprengstoff angesetzt. Sie sind nicht ausgezogen, weil sie damit nur wenige hundert Mann hätte gesehen können, und weil sie die Wäntzung der Serben nicht fürchteten.

Die Waffenstreckung ist ganz von selbst vollzogen, ohne dass ein Schuss der Verbündeten der Montenegriner wahr-

zunehmen. Als unser Unterhändler zum erstenmal hinter die montenegrinischen Linien trat, wurden ihm noch die Augen verbunden und alle sonstigen Feindlichkeiten beobachtet. Das zweite Mal fuhr er durch die Linien, ohne dass ihn jemand hinderte. Er sah überall aufgelöste Gruppen, zum Teil schon ohne Waffen, und die Leute begrüßten ihn freundlich. Er fuhr einfach, ohne dass ihn jemand hinderte, nach Podgorica hinein und vor das Kriegsministerium. Die ersten Verhandlungsbefehle der Montenegriner erfolgten schon am 11. Januar. Aber am 16. Januar wurde noch an manchen Punkten gekämpft. Erst am 17. früh erfolgte die Einstellung der Feindseligkeiten durch telephonische Verständigung des Delegationskommandos. Es währte eine Stunde, bis die Nachricht alle Punkte von Jela erreichte und bis das Feuer vollständig eingestellt wurde. In Podgorica ist, obwohl es nur von österreichisch-ungarischen Truppen besetzt ist, eine Anzahl von Wunden unregelmäßig. Die österreichisch-ungarische Gesundheitskommission in Cetina ist vollständig unterbrochen geblieben. Es ist nicht der letzte Abwaschen stand vom Platte gestrichelt worden. Bemerkenswert ist, dass in unmittelbarer Nähe des österreichisch-ungarischen Gesundheitsgebäudes eine österreichische Artilleriekompanie niederkam, die aber keinen Schaden litt.

Die Abreise des Königs

wird in Cetina verschiedentlich gedeutet. Die Montenegriner sind der Meinung, dass der König fürchte, die Gut des enttäuschten Volkes werde sich gegen ihn kehren. Tatsache ist, dass der König noch nach dem ersten Waffenstillstandsgedächtnis in Podgorica durch die Straßen ritt und das Volk anjubelte, den Kampf fortzusetzen. Freilich ohne Erfolg. Er ernannte überall nur Widerstand, und sogar Beschimpfungen wurden ihm entgegengebracht. Seine Abreise war es offenbar, eine letzte Schlicht bei Podgorica zu wagen und dem Kaiserreich den Beweis zu er-

bringen, dass er bis zum äußersten gegangen sei. Die Waffen aber ließen ihn im Stich. Das Land der Montenegriner ist groß. Es fehlt in den Dörfern an allem, und viele Krieger würden lieber in ihrer eichhörnigen Gefangenenschaft leben als in die Heimat, weil sie fürchten, ihren bürgerlichen Familien zur Last zu fallen. Schon im Frieden müßten drei Viertel des Getreidebedarfs eingeführt werden. Jetzt ist gar kein Getreide mehr vorhanden. Auch gibt es

Kein Fleisch mehr, kein Salz, keinen Tabak.

Der Hunger hat es an allem fehlen, und man kann daraus ermessen, wie groß hier die Erbitterung gegen die Verbündeten ist. Montenegro erhielt von dem Kaiserreich, wie mir hier ein leitender Politiker mitteilt, nur gegen bare Bezahlung zu hohen Preisen Zufuhren. Seit vielen Monaten blieben aber auch diese fast vollständig aus, und das meiste, was über Giovanni di Medina kam, wurde von Gijab Pascha mit hohen Zöllen abgaben belegt. Das schwerste Unglück für Montenegro war der Eintritt Italiens in den Krieg, denn letzter hat das Meer blockiert, und jede Zufuhr zur See war außer Kontrolle von den österreichisch-ungarischen U-Booten bedroht. Der Egoismus Italiens widersetzte auch der montenegrinischen Besetzung von Vukovar, die gegen das ausbrüchliche Verbot des Kaiserreiches, insbesondere Russlands, erfolgte. Anders war es aber nicht möglich, den Weg nach Medina zu sichern und die Lieferfälle der Albaner, insbesondere der Wirtin, auf die stärksten Verpflegungslagern zu verhindern. Keine gibt es schon seit zehn Monaten keine im Lande, und der Betrieb der Eisenbahn Anibar—Titovaz mußte schon im April eingestellt werden. Auch die Zufuhr auf dem Landwege konnten die ganze Zeit hindurch nicht bestehen. Die sind libicens led, und man hat, weil man sich nicht anders helfen konnte, die Läden mit Remort auszusparen.

Aus Albanien.

Skutari, 10. Februar. In Durazzo sind drei montenegrinische Generale sowie eine Anzahl Mannschaften eingetroffen, die von den Serben mit Jubel begrüßt wurden. Der „Corriere della Sera“ meldet, daß für die in Albanien operierenden österreichischen Truppen infolge überaus starker Verpflegung der Vormarsch gewaltig erschwert sei.

Vertrags dürfte Balona als uneinnehmbar angesehen werden, sowohl wegen des schlechten Zustandes der Straßen, als infolge unzulänglicher Verteidigungsmaßnahmen.

Die Eingeschlossenen in Mesopotamien.

London, 10. Februar. Reuters Bureau meldet aus Delhi: Das Kommuniqué über die Operationen in Mesopotamien sagt, daß General Townshend noch immer Rut el Amara als einen Punkt von strategischer Bedeutung behauptet, und daß General Aylmers Operationen bezwecken, ihn dort zu unterwerfen. Es ist kein Rückzug beabsichtigt.

Die „Times“ schreibt in einem Leitartikel: Diese Aufklärung ist interessant, weil sie die künftigen Absichten andeutet. Aber augenblicklich ist es die Hauptfrage, daß sich die beiden Generale vereinigen. General Townshend wird seit zwei Monaten belagert. Das ganze Reich wird sich freuen, wenn die Entschlossenheit die schwierigen 29 Meilen, welche sie von Rut el Amara trennen, überwunden haben werden.

Wieder einmal unwahr.

Berlin, 10. Februar. Ueber die Schweiz gelangen, angeblich aus Südamerika, Nachrichten hierher, daß es deutschen Dampfschiffen gelungen ist, trotz der Verhinderung durch englische Kriegsschiffe unter der Flagge der Vereinigten Staaten von Nordamerika südamerikanische Häfen zu verlassen, um im Atlantischen und Stillen Ozean zu kreuzen. Die das W. Z. G. von ausländischer Seite erfährt, beruhen die Nachrichten auf freier Erfindung. Untere Gegner können sich schwer überzeugen, daß die Schiffe noch in den Häfen liegen. Sie können in einer Verdächtigung der Schiffe nur eine feindliche Hilfe erkennen.

Der haben gestern gleich unseren Zweifel an die Nachricht bestätigt.

Keine Explosion in den Stodawerken.

Wien, 10. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Die größte Lüge, die bisher in der Presse der Entente zur Veröffentlichung gelangt ist, bildet die Meldung der „Agence Havas“ des Inhalts, daß ein großer Teil der Stodawerke in Pulsen, insbesondere das Erzeugnis-Etablissement unter schweren Mörser, durch eine Explosion vernichtet worden sei. — Diese Sensationsnachricht wurde in den Zeitungen des feindlichen Auslandes mit großer Freude verbreitet und in der neutralen Presse mit Ausdrücken des Bedauerns abgedruckt. Es wird hiermit amtlich festgestellt, daß sich in den Stodawerken überhaupt kein Zwischenfall ereignet hat, und daß die Arbeit nach wie vor überall ruhig und ungestört vor sich geht. Die Meldung der „Agence Havas“ ist vollständig unbegründet und frei erfunden.

Polens Verjorgung mit Lebensmitteln.

Berlin, 11. Februar. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt über die Lebensmittelfrage in Polen: Mit Erlaubnis der deutschen Regierung nannte Disney vom belgischen Hilfskomitee und Walcott von der Rotkreuzgesellschaft die gemeinsame Untersuchung der wirtschaftlichen Lage der europäischen Bevölkerung in dem russischen von den Deutschen besetzten Gebiet vor. Infolge des weitestgehenden Zusammenbruchs der Regierung konnten sie überall hinwegzuehen. In Warschau, Breslau, Lublin, Bialystok, Warschau und anderen Städten, mussten unter der Bevölkerung Hunger und Mangel herrschen, ohne vom Offizieren begünstigt zu sein, wobei die Bedürfnisse der Bevölkerung als zureichend zu betrachten sind. In den abgetrennten Teilen ist die Lage der Bevölkerung immer noch ernst. Handel und Wandel liegen in Polen allgemein da, weil die Russen auf ihrem Rückzug Tausende von Fabriken und Werkstätten zerstört haben. Auch die Ernährungsfrage ist eine sehr schwierige, da die Polen, wo sie nur konnten, die Erde vernichtet haben. Infolge dessen ist ein erheblicher Bruchteil der Bevölkerung in eine solche Lage verfallen, daß sie darauf angewiesen ist, von der öffentlichen Unterstützung zu leben oder von den Deutschen ernährt zu werden. Daß die Ernährung gerade nur das oberste Notwendige sein kann, ist bei der bestehenden Lage klar, es wäre daher überaus bedauerlich, wenn für Polen und Litauen ein ähnliches Schicksal ereignet würde, wie es seit langem für Belgien und die besetzten Gebiete Nordfrankreichs eingetreten ist. Hierzu ist nach Ansicht der amerikanischen Vertreter ein monatlicher Zuschuss von etwa 1 Millionen Dollars etc.

fordern. Die deutsche Regierung hat ihnen zugesichert, daß etwa in das besetzte Gebiet eingeführte Nahrungsmittel nur der nöthigsten Bevölkerung zugute kommen sollen. Die amerikanischen Vertreter würden dauernd Gelegenheit haben, sich zu überzeugen, daß die eingeführten Nahrungsmittel nur ihrem eigentlichen Zweck entsprechend verwendet würden.

Erneuter Aufruf an die im Auslande lebenden Deutschen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Im Nachgang zu den kaiserlichen Verordnungen vom 3. und 15. August 1914, durch die alle im Ausland befindlichen Deutschen oder in ähnlichen Kriegsgegenden lebenden Deutschen zu unregelmäßigen Reisen in das Heimatland angewiesen worden sind, ist unter dem 31. Januar 1916 eine weitere Aufforderung zur Rückkehr an Deutsche ergangen, die sich im Ausland aufhalten. Diese Aufforderung wendet sich über den Kreis der in den Verordnungen vom 3. und 15. August genannten Personen hinaus an Deutsche Deutschen, die am 30. Juni 1911 in Elbisch-Verträgen ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hatten und nach ihrem Zeitpunkt das Reichsgebiet verlassen haben.

Die besonderen Verhältnisse, wie sie in Elbisch-Verträgen zutage treten, machen eine solche Anordnung erforderlich. Fern als mit der Ermordung des österreichischen Thronerbes die Gefahr einer kriegerischen Verwicklung aufkaufte, und als dann später der Krieg wirklich ausbrach, hat eine Reihe in Elbisch-Verträgen anwesiger Deutscher hier Heimat den Rücken gekehrt. Vermehrte haben sich nicht gehalten, alsbald im Ausland eine Tätigkeit zu entfalten, die als im höchsten Maße deutschfeindlich oder sogar als vaterlandsverrätherisch bezeichnet werden muß. Diese Personen haben sich damit des Anspruchs begeben, weiterhin einer Volksgemeinschaft anzugehören, die sie nicht mehr verlassen haben. Die Gerechtigkeit verlangt es, daß sich von denen nur dem Namen nach Deutschen, die sich innerlich nie mehr durch die Verhältnisse vom Deutschen Reich losgesagt haben, der heimische Volkserbe auch noch auf den heimlich erkennbar freizugehen.

Wegen die a. n. d. Handhabe zu stellen, ist die neue kaiserliche Verordnung vom 31. Januar 1916 bestimmt. Ein nach anerkennend den Verträgen des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 den Landesangehörigen die Möglichkeit geben, die als vaterlandsverrätherische Elemente und solche Personen, die der Auswanderung zur Rückkehr schuldhaft keine Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit zu verhalten zu erklären.

Kleine Kriegsnachrichten.

Kleiner Grenzverstoß. Bulgariische Matrosen die in der Donau Vorposten voranbrachen, gerieten dabei versehenlich in den rumänischen Teil des Gebietes, wo sie mit rumänischen Soldaten in einen Zusammenstoß. Nach einer Aufklärung an die Bulgaren, sich zu entfernen, gaben die Rumänen Feuer auf die Matrosen, die sich sofort zurückzogen.

Die Zukunft der Appam. Reuter meldet aus Washington: Graf Vernstorf richtete an Lansing die Bitte, auf Grund des Freundschafts-Amerikanischer Verträge von 1828 der „Appam“ die Erlaubnis zu erteilen auf unbestimmte Zeit in den amerikanischen Gewässern zu verkehren.

Brand in Rom. Rouländer Täter werden aus Rom, daß Brand und die anderen Mitglieder der französischen Mission in Rom angekommen sind. Sie wurden am Bahnhof von Salaria, Sonnino und den anderen Ministern, Abgeordneten und Senatoren empfangen. Eine große Menge umlagerte den Bahnhof, die Stadt war festgelegt.

Französische Flieger über Smyrna. „Laila Reis“ melden aus Athen: Man erfährt aus Smyrna, daß gestern ein französisches Flugzeugschiff über Smyrna bombardiert hat. Mehreren angedrohten Schaden wird nichts gemeldet.

Schwedens norwegisches Schiff. Der Postdampfer „Lofoten“ traf heute abend in Høel nach Holland mit zehn Mann der Besatzung des norwegischen Dampfers „Svanen“ ein, der dreißig Meilen nordwestlich der Insel auf eine Mine gelassen und gesunken ist. Wahrscheinlich sind der Kapitän, der erste Maschinist und der zweite Steuermann ertrunken.

Ein ergriffenes Kriegsgefangener. In Tübingen vorurtheile den Flieger-Unterricht Otto Hebel und den Leutnant z. S. Hans Weiler wegen des Versuches, aus einem Gefangenenlager in Holtzort zu fliehen, zu 9 Monaten Militärhaft in der Kaserne zu Chemnitz.

Der Amerikaner in Serbien. Der „N. J. a. W.“ meldet aus New York: Der in Serbien russisch-englischer Inhaber kurz vor dem Ausbruch des Weltkriegs in Serbien gebliebenen finanziell-technische Beitrag in Tetschan, Herr Morgan-Schäfer, hat sich nach einer Meldung der New Yorker „World“ in außerordentlich wichtiger diplomatischer Mission nach dem Orient begeben. Der amerikanische Konsul in der belgischen Finanzverwaltung wird zuerst Konstantinopel und dann Tetschan besuchen.

Die 101. amtliche Verlustliste

enthält u. a. folgende Truppenliste vom 5. und 6. November: Grenadiere, Infanterie- und Pionier-Regimenter: Nr. 6, 7, 10, 11, 37, 58, 63, 120, 144, 145, 187; Reserve: Nr. 10, 11, 22, 27, 28; Landwehr: Nr. 10, 11.

Kaiser: Reserve Nr. 5. — Kavallerie: Kürassiere Nr. 2, Dragoner Reserve Nr. 6. — Feld-Artillerie: Nr. 53, Reserve Nr. 20. — Pioniere: II Nr. 5, I Nr. 6; 1. Landwehr-Kompanie des 8. Armeekorps.

Parteiangelegenheiten.

Wieder einer der Aker gestorben. In Avoosla starb im Alter von 70 Jahren der Genosse Ernst Bachner. Er kam nach Ausbruch des Sozialkrieges, das ihn in seinem Wirkungsbereich Meerane in Sachsen mit der Polizei in Konflikt gebracht hatte, in seinen jungen Jahren nach Thüringen, wo er zuerst im Dienste der roten Feldpost und dann in allen Kleinerebenen der Partei tätig war. Mit seinem Interesse verfolgte er bis in die letzten Tage seines Lebens die Bewegung auf politischen Gebiete. In schwerer Zeit hat er in Thüringen viel für die Parteiliche geleistet; dies sichert ihm ein ehrendes Andenken.

Wider des Weltkrieges. In Schwäbisch-Gmünd starb in einem Arbeiterverein Genosse Franz Wanner, Angehöriger des Deutschen Metallarbeiterverbandes, im Alter von 40 Jahren an einem Herzleiden. Vor einigen Monaten war er als ungeduldet Landsturm einbezogen worden. Der Verstorbenen hat sich um die Arbeiterbewegung in Gmünd sehr verdient gemacht. Besonders die Organisation der Arbeiter der Metallindustrie, aus der er hervorgegangen war, hat durch Wanner eine rasche Förderung erfahren. Auch als Initiator für die Partei hatte er seinen Mann. Bei den letzten Landtagswahlen war Wanner Kandidat der Sozialdemokratie für den Bezirk Weizheim.

Schlesien und Posen.

Wloclaw, 11. Februar. Ein Kohlenbahn gesunken. Ein Unfall ereignete sich Donnerstag vormittag oberhalb der Straßenbrücke. Mit 1000 Zentner Kohlen beladen, ist ein niederwärts gehender Bahn beim Umgeben zu Grund gegangen. Der einm Schiffer Mathesius gehörende Kahn liegt quer im Strombett. — Der von etwa vierzehn Toden gesunkene Dampfer ist soweit gehoben, daß keine Weiterbeförderung in die Reparatur-Werkstätte erfolgen kann.

Wroclaw, 11. Februar. Doch sein Ziel erreicht hat der Häusler Frenzel aus Derselben. Er wollte sich an einem Baum an der Chaussee von Kriska nach Ober-Gebenzig ergängen. Ein Radfahrer, der aus Weiserdorf zufällig des Weges kam, schnitt den Selbstmörder ab und es gelang ihm nach längerer Zeit, den Verletzten Verwundeten ins Leben zurückzuführen. Der ins Leben Zurückgekehrte gab herauf an, nach Järchwitz zu seinem Sohne zu gehen. Obwohl ihm der Strick weggenommen worden war, hat sich Frenzel doch noch in derselben Nacht erhängt. In früher Morgenstunden fand ihn ein Arbeiter in Kriska tot an einem Baum hängend auf.

Spottau, 11. Februar. Mordende Landwirte. In der letzten Sitzung des Schöffengerichts hielten sich drei Angeklagte aus Wallerode wegen Vergehens gegen bündelrechtliche Verordnungen zu verantworten, indem sie bei der Verkaufsaufnahme ihrer Getreidevorräte wesentlich falsche Angaben gemacht haben. Die gegen sie erlassenen Strafbefehle in Höhe von je 100 Mark wurden vom Gerichtshof auf je 50 Mark oder fünf Tage Gefängnis ermäßigt.

Katze (Posen), 11. Februar. Eingebrochen und ertrunken. Mittwoch nachmittags machte sich der achtjährige Schüler Felix Jagodzinski auf das Meer bei dem Schiffbauer Matczymithschen Grundstück. Das Eis, das durch die harte Winterung in den letzten Tagen wurde geworden war, brach und der Knabe ertrank. Die Leiche ist geborgen.

Wroclaw, 11. Februar. Selbstmord von Papierzweig. Vor dem hiesigen Schwurgericht stand der Autograph Karl Köchel mit seiner Ehefrau Martha unter der Anklage, falsche Zweimark-Darlehenskassenscheine verfertigt und in Umlauf gebracht zu haben. Köchel hatte bei Eintritt des Krieges seine Stellung in einer Gewerbetreiberei verloren und war deshalb in Not geraten. Er stellte auf litographischem Wege gegen 900 falsche Darlehenskassenscheine her und brachte selbst eine Anzahl in Umlauf. Die Falschung gelang ihm nur so lange, bis die Behörden die Falschheit erkannten und die Erkennungszeichen veröffentlichten. Von den ausgegebenen Falschungen sind etwa ein Hundert ermittelt worden, die meistens im Industriegebiet, auch in anderen Teilen von Schlesien, sogar in der Mark und in Berlin, aufgetaucht. Das angeklagte Ehepaar war in vollem Umlauf gelangt. Karl Köchel wurde wegen Minderwertigkeit zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, seine Ehefrau wegen Verbreitung des falschen Geldes zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Wroclaw, 11. Februar. Einem tödlichen Unglücksfall erlitt der Meister Friedrich Diegel in Remberg. Der Verunglückte war mit dem Schleifen von Rostern an einem mit Dampf betriebenen Schleifen beschäftigt, als plötzlich der Stein in Stücke sprang, wobei ein etwa ein Zentner schweres Stück Eisen auf die Brust traf und ihn tödlich verletz-

Wethmann gegen Wilson!

Gaaa, 10. Februar. Der Berichterstatter der "New York World" Karl von Wiegand, veröffentlicht den Inhalt einer Unterredung, die er mit dem deutschen Reichskanzler hatte. Der Reichskanzler sagte in dieser Unterredung, das deutsche Volk sei überzeugt, daß seine Regierung in dem Bestreben, den amerikanischen Wünschen entgegenzukommen, bis an die äußerste Grenze gegangen sei. Das deutsche Volk sei daher auch entschlossen, alle Anstrengungen einer möglichen Nichtverhandlung zu ziehen. In Deutschland herrsche die höchste Freude über die Heberzeugung, daß die letzte Note des Präsidenten Wilson sich gegen Deutschland richte, ja, man glaube, daß Präsident Wilson und Staatssekretär Lansing ein geheimes Abkommen mit England getroffen hätten. Nur dadurch erkläre man sich in Deutschland die auffällige Unterstützung der Alliierten in Amerika.

Gut unterrichtete und durchaus zuverlässige deutsche Finanzkreise hätten ihm (dem Kanaler) erklärt, die Hauptaktionen in Wall-Street hätten bereits erkannt, daß sie ihre Kapitalien auf der falschen Seite angelegt hätten. Sie machten deshalb die größten Anstrengungen, um Wilson und Lansing zu beeinflussen, an Deutschland den Krieg zu erklären, indem sie hofften, dadurch vielleicht doch noch die Niederlage Deutschlands herbeiführen zu können. Der Inhalt der Forderung Lansing's sei bereits gemeldet, daß es für Deutschland keine andere Wahl gebe, als in zu vermerken. Keine deutsche Regierung könne das deutsche Volk einer herabwürdigen Erniedrigung aussetzen und noch im Rufe verbleiben. Der Reichskanzler schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der gesunde Verstand des amerikanischen Volkes bestehen möge, daß Deutschland die wichtigsten Punkte der amerikanischen Forderung bereitwillig habe.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 10. Februar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nordwestlich von Vimy entziffen unsere Truppen den Feind ein weiteres Grabenstück und gerannen in der Abend von Meuville einen der früher verloren gegangenen Trichter zurück. 50 Gefangene und zwei Maschinengewehre fielen dabei in unsere Hand. Südlich der Somme wurden mehrfach französische Zellangriffe abgelehnt. Der nordlich Brocuincourt gelang es dem Feind, in einem kleinen Teil unseres vorbesetzten Grabens Fuß zu fassen. Auf der Somme - Höhe wurden mit stark überlegener Artillerie und Maschinengewehren die feindlichen Stellungen nordwestlich der Höhe (in den Trenchen) wieder erobert.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei der Grenzgarde des Generals von Einzingen und bei der Garde des Generals Grafen Rothbar wurden einzelne schwache feindliche Abteilungen durch Reichswehr abgewehrt.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Wien, 10. Februar. Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Bericht.

Wien, 10. Februar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Feind erzielte gestern in Belgien und an der nördlichen Front erhebliche Fortschritte gegen unsere Stellungen. Bei der Grenze des Oberlandes sind fortwährend kleine Abteilungen und an verschiedenen Stellen Aufmarschstellungen der feindlichen Divisionen gegen unsere Stellungen zu sehen. Es kam insbesondere in Richtung der südwestlichen Front zu einem kleinen Kampf bei dem unsere Truppen einen feindlichen Bataillon vernichteten und die Reste der feindlichen Abteilungen in Richtung der südlichen Front zurücktrieben. Ein weiterer Fortschritt des Feindes ist nicht zu erwarten.

Ein Don Juan von der Waferkante.

Von H. H. Zucora.

Don Juan... (The text continues with a story or commentary, partially obscured by the image on the right side of the page.)

strittenen Verschonung wurden etwa 200 russische Leichen gezählt. Viele Gefangene wurden eingeschickt.

Auch bei unseren Vorposten nordwestlich von Larnopol wurde in der Nacht auf heute erbittert gekämpft. Die Russen überfielen abermals eine schon in einem der letzten Berichte angeführte Schanze, wurden jedoch durch Gegenangriffe wieder vertrieben. In der bestarrlichen Grenze war kroatische Landwehr ein russisches Bataillon aus einer gut ausgebauten Vorpostition gegen die Hauptstellung zurück.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, von Doefler, Feldmarschall-Leutnant.

Neuer Angriff auf England.

Berlin, 10. Februar. (Amtlich.) Am Nachmittag des 9. Februar belebten einige unserer Marineflugzeuge die Dafen- und Gibraltarlagen und die Küsten von Ramsgate südlich der Themsemündung ausgiebig mit Bomben. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

London, 10. Februar. Das Kriegsamt teilt mit: Gestern um 3 Uhr 30 Minuten näherten sich zwei deutsche See-Flugzeuge der Küste von Kent. Wenige Minuten später fielen drei Bomben in einem Felde in der Nähe von Ramsgate und vier Bomben nahe der Schule von Broadstairs nieder. Von dem letzteren sind drei explodiert. Ein Verletzter an Menschenleben ist nicht zu beklagen, auch soll kein Schaden verursacht worden sein an der an der Küste.

London, 10. Februar. Nach einer amtlichen Meldung sind bei dem letzten auf die Küste unternommenen Luftangriff zwei Frauen und ein Kind verletzt worden. Eine Anzahl Marine- und Küstenflugzeuge flogen zum Angriff gegen die feindlichen Flotte auf, die sich langsam zurückzog. Von einem Zusammenstoß wird nichts gemeldet.

Ein jerb ihrer Sozialdemokrat für den Frieden.

Seris, 10. Februar. Der "Deutsche Kurier" bringt einen ihm aus Lugano zugegangenen Bericht über eine in Rom stattgefundene Sitzung der jerbischen Klupjichina. Neben dem Autoritarer unseres Genossen, des Abgeordneten L. P. Schewitsch, wird in dem Bericht gesagt:

Der Abgeordnete Schewitsch, der den Bezirk Prilina vertritt, und der das Ministerium Russisch schon immer eifrig bekämpft, stellte den Antra, König Peter durch eine Abordnung zu ersuchen, die Krone Serbiens niederzulegen, die uns und unsern Kampf doch unter keinen Umständen erhalten bleiben würde. Ober's müsse damit, d. von der Regierung zurücktreten. Man könne den Jentramächten nicht zuwarten, mit diesen Männern zu verhandeln, in deren Umtrieben die eine der Hauptursachen für den Ausbruch des Weltkrieges waren. Die jerbische Regierung habe sich allerdings verpflichtet, seinen Botschaften entgegenzutreten, aber nach dem Verhalten der jerbischen Seiten gegenüber brauche man sich nicht mehr daran zu lehnen. Die Bundesgenossen hätten niemals die Absicht gehabt oder auch nur den guten Willen gezeigt, Serben vom Kriegszuge zu retten. Die Anschuldigungen des sozialdemokratischen Redners gegen seinen Widerstand gefunden zu haben.

Russische Renommage.

Sagan, 10. Februar. "Der Regionalist" meldet aus Durgas: Ein hoher russischer Offizier erklärte: Russland wird in nächster Zeit Millionen Soldaten bereit haben. Die Russen sind in Russland geboren, aber wir sind nicht in der Lage, mit allen Anforderungen um zu kommen. Daher erheben wir uns gegen den Krieg, besonders aber gegen die russische Regierung und die Russen zu erheben. Japan hat die Absicht, gegen uns und tut es noch, es wäre besser, es zu verhindern, aber alle Alliierten einmütig zu helfen, damit Russland im...

gegebenen Augenblick bereit sein kann. Hunderte von Infanterie-Regimenten werden Deutschland an das sein Friedensangebot Erfolg hat, so lange auch einziger Soldat noch auf russischem Boden steht.

Die Mehrseite.

Sofia, 10. Februar. Ein in Moskau interniert geblieben, der mit falschem Paß von dort geflüchtet ist. Seit dem Zusammenbruch Serbiens hat sich die öffentliche Meinung in Russland gründlich geändert. Selbst Staatsmänner sehen ein, daß für Russland jede Hoffnung auf Sieg verloren ist und das Land einer großen Revolution entgegensteht. Offiziere und Soldaten sind hoffnungslos und verzweifelt, zumal, da die russischen Truppen längst vernichtet sind und die letzten deutschen Truppen sich kaum für eine stärkere Defensive eignen. Inneren Russlands befinden sich über vier Millionen Flüchtlinge, die vom Staat nur unzureichende Unterstützung erhalten und größtenteils dem Hungertode entgegen. Die leitenden russischen Kreise legen auf eine Wirtschafsmäniens oder Ostschenglands so gut wie gar keine Hoffnungen.

Der französische Bericht.

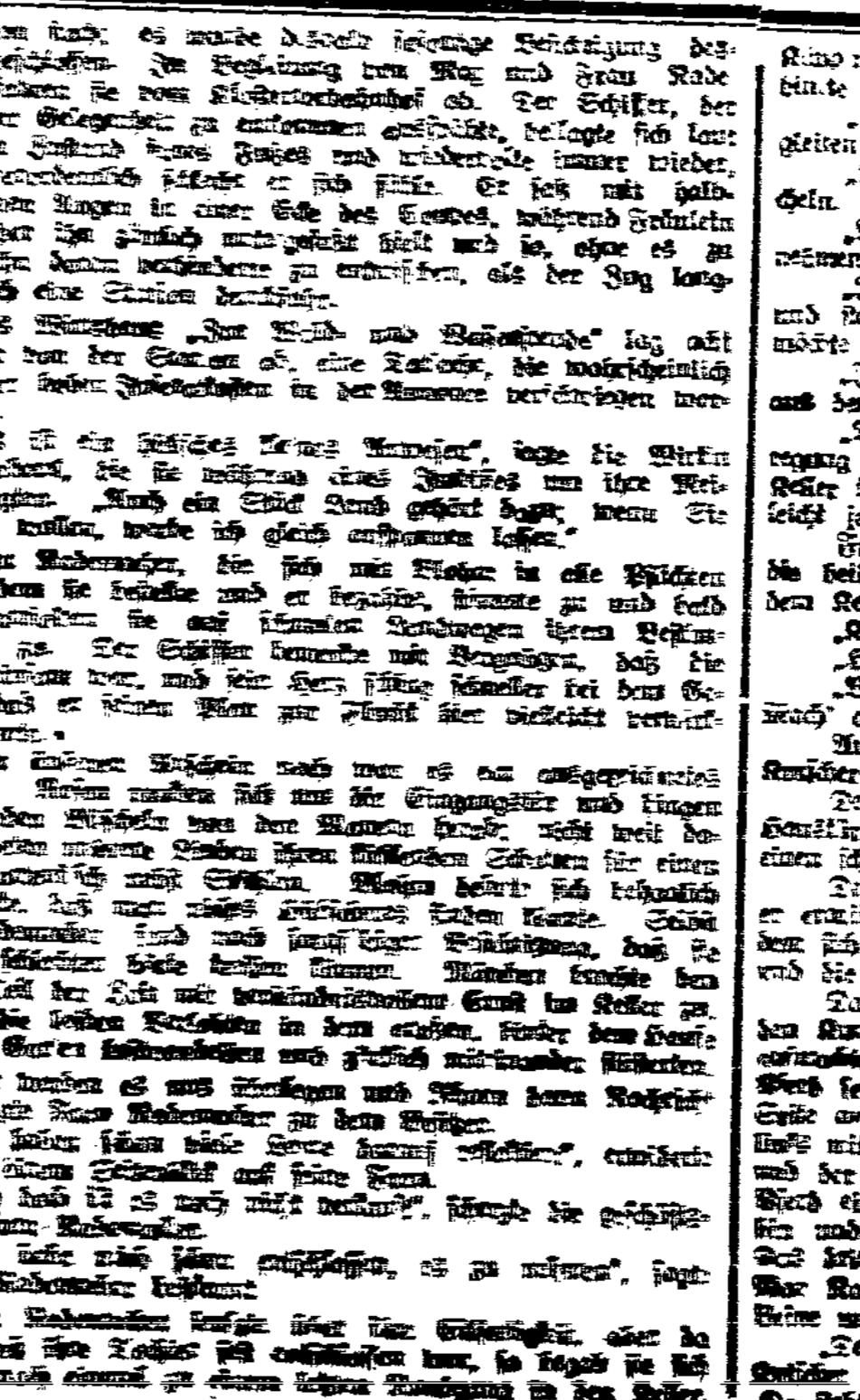
Paris, 10. Februar. Amtlicher Bericht vom 9. Februar. Im Artois zogen sich die beiderseitigen Truppen weiter auf der Front zwischen der Höhe von der Straße von Neuville nach La Folie. Gegenbrachten die Deutschen zwei stark geladene Minen, welche die Russen durch Explosion und drangen in einige Stunden vorzugehen. Jedoch durch die durch die Sprengung stört war, sowie in gewisse Punkte unserer Hauptstellungen, denen wir sie durch einen in der Nacht unternommenen Granatenerangriff zurückwarfen. Der Kampf dauerte Südlich der Somme beschossen wir die feindlichen Stellungen mit Artillerie und Maschinengewehren an. Auf der übrigen Front war die Nacht ruhig.

Die griechische Kammer.

Athen, 10. Februar. (Agence Havas.) Die Kammer der Regierung ihr Vertrauen mit 266 von 272 Stimmen aus. Im Laufe der Debatte erklärte Gumaris über die Neutralität: Wir werden aus der Neutralität herauszutreten, wenn die nationalen Interessen es erheischen werden. Im März 1915 sind wir aus der Neutralität nicht herausgetreten, weil die Interessen des Landes verlangt haben, daß wir neutral blieben. Es ist noch nicht der Zeit, ein geschichtliches Urteil über die Politik der Regierung zu fällen. Der Ministerpräsident schloß mit den Worten: Die Regierung muß die Mobilmachung aufrechterhalten. Wenn sich später irgendwelche Anzeichen der Möglichkeit einer Abrüstung erkennen lassen sollten, wird die Regierung ihre Bemühungen prüfen.

Die Ueberführung der Kameruner.

Amsterdam, 10. Februar. Reuter meldet aus San Juan: Ein spanisches Regiment Marine-Infanterie erhielt den Auftrag, sich zur Abfahrt bereitzuhalten. Es wird wahrscheinlich auf mehrere Transportdampfer verteilt werden, die die Fahrt der deutschen Untertanen aus Kamerun zu beschleunigen haben. Diese werden demnächst nach Spanien gebracht werden.



... (The text continues with dialogue and narrative, partially obscured by the image on the left side of the page.)

Montenegro während der Waffenstreckung.

Von Hugo Schulz, Wien.

getroffen, 25. Januar 1916. (Verpöfekt eingetroffen.)

Die Lage ist augenblicklich folgende: In Podgorica haben österreichisch-ungarischen Truppen den Schutz der Bevölkerung übernommen, die sich von unregelmäßigen albanischen Truppen nicht scheut. Die albanischen Grenztruppen sind durch den Rückzug in den Besitz großer Mengen von Waffen und Munition gekommen. Der letzte Rückzug über Dal nach Cetinje war mehr ein Landfluchtzug völlig aufgelöster Banden, als ein Kampf um die Verteidigung der Stadt. Wo sie konnten, wurden die Waffen und ihre Munition für sich selbst aufbewahrt.

Der Rückzug hat ein Abmarsch ein Mausergewehr für ein Stück Sammelblech ein Pferd. Serbische Verbände, die in Montenegro zurückgeblieben waren, nahmen am 25. Januar das Land verlassen, da Montenegro die eigenen Truppen nicht mehr erhalten konnte. Dennoch blieben noch Reste, die zum Teil in kleinen Gruppen nach Cetinje gebracht und dort in Gefangenschaft abgeführt wurden.

Die Waffenstreckung erfolgt ohne Schwierigkeiten. Mit dem Abzug des Serben hat sich die montenegrinische Streitmacht praktisch ganz von selbst aufgelöst. Die Soldaten erklärten, sie seien alles verloren und ganze Bataillone seien auseinandergegangen. Gleich begann die Plünderung der Magazine in Nikschin, auch in Spuz, in Podgorica und in Cetinje. Die Montenegriner hatten dort ganz förmliche Festungen von Schützen, Artillerie und Infanterie angeschlossen, die sie nicht ausgeben mochte, weil sie damit nur wenige hundert Mann hätte decken können, und weil sie die Zustimmung der Serben erhalten müssten. Das

die Waffenstreckung ist von selbst vollzogen, und während der Verhandlungen der Unterhändler wahr-

zunehmen. Als unser Unterhändler zum erstenmal unter die montenegrinischen Linien fuhr, wurden ihm noch die Augen verbunden und alle sonstigen Feindlichkeiten beobachtet. Das zweite Mal fuhr er durch die Linien, ohne daß ihm jemand hinderlich. Er sah überall aufgelöste Gruppen, zum Teil schon ohne Waffen, und die Leute fragten ihn freundlich. Er fuhr einfach, ohne daß ihm jemand hinderlich, nach Podgorica hinein und vor das Kriegsministerium. Die ersten Verhandlungen der Montenegriner erfolgten schon am 11. Januar. Aber am 16. Januar wurde noch an manchen Punkten gekämpft. Erst am 17. teilte erfolgte die Einstellung der Feindseligkeiten durch telephonische Verständigung des Operationskommandos. Es währte eine Stunde, bis die Nachricht alle Punkte von Ujela erreichte und bis das Feuer vollständig eingestellt wurde. In Podgorica ist, abgesehen von österreichisch-ungarischen Truppen, keine Feindmacht, eine Anzahl von Montenegrinern zurückgeblieben. Das österreichisch-ungarische Generalstabsgeschäft in Cetinje ist vollständig unterbrochen geblieben. Es ist nicht der kleinste Abzug von dem Lande gerückt worden. Bemerkenswert ist, daß in unmittelbarer Nähe des österreichisch-ungarischen Generalstabsgeschäftes eine österreichische Artilleriekompanie niederging, die aber keinen Schaden verursachte.

Die Abreise des Königs

wird in Cetinje beschrieben. Die Montenegriner sind der Meinung, daß der König fürchtete, die Mut des enttäuschten Volkes werde sich gegen ihn kehren. Tatsache ist, daß der König noch nach dem ersten Waffenstillstandsangebot in Podgorica durch die Straßen lief und das Volk anjubelte, den Kampf fortzusetzen. Freilich ohne Erfolg. Er erzielte überall nur Widerbruch, und seine Beschimpfungen wurden ihm entgegengehalten. Seine Abreise war es offenbar, eine letzte Schallot bei Podgorica zu landen und dem Kaiserreich den Fehlschlag zu er-

bringen, daß er bis zum Äußersten gegangen sei. Die Waffen aber liegen ihm im Stich. Das Land der Montenegriner ist groß. Es fehlt in den Ostteilen an allem, und viele Krieger würden jetzt lieber in österr. Kriegsgefangenschaft gehen als in die Heimat, weil sie fürchten, ihren hungernden Familien zur Last zu fallen. Schon im Frieden mußten drei Viertel des Getreidebedarfs eingeführt werden. Jetzt ist gar kein Getreide mehr vorhanden. Auch gibt es

kein Fleisch mehr, kein Salz, keinen Zuck.

Der Vierverbund ließ es an allem fehlen, und man kann daraus ersehen, wie groß hier die Erbitterung gegen die Verbündeten ist. Montenegro erhielt von dem Vierverbund, wie mir hier ein leitender Politiker mitteilte, nur gegen bare Bezahlung zu hohen Preisen Zuhilfenahme. Die vielen Monaten blieben aber auch diese fast vollständig aus, und das wenige, was über Slowanien bei Medua kam, wurde von Cillab Pascha mit hohen Zöllen abgaben belegt. Das schwerste Unglück für Montenegro war der Eintritt Italiens in den Krieg, denn letzter hat das Meer blockiert, und jede Zufuhr zur See war aufhört. Von den österreichisch-ungarischen U-Booten bestraft der Egoismus Italiens widerstrebt auch der montenegrinischen Besetzung von Bulgarien, die gegen das ausgedrückte Verbot des Vierverbundes, insbesondere Russlands, erfolgte. Anders war es aber nicht möglich, den Weg nach Medua zu sichern und die Lieferungen der Albaner, insbesondere der Mirditen, auf die spärlichen Verkehrsverbindungen zu verlagern. Woher gibt es schon seit zehn Monaten keine im Lande, und der Verkehr der Eisenbahn Tiribart-Tiribart wurde schon im April eingestellt. Auch die Zufuhr auf dem Schwarzsee konnte die ganze Zeit hindurch nicht verkehren. Sie sind übrigens fest, und man hat, weil man sich nicht anders helfen konnte, die Löhner mit Gewalt auszusparen.

Aus Albanien.

Skutari, 10. Februar. In Durazzo sind drei montenegrinische Generale sowie eine Anzahl Mannschaften eingetroffen, die von den Serben mit Mord begünstigt wurden. Der "Corriere della Sera" meldet, daß für die in Albanien operierenden österreichischen Truppen infolge überaus wichtiger Verlegung der Formarch gewaltig erschwert sei.

Uebriens dürfte Valona als uneinnehmbar angesehen werden, sowohl wegen des schlechten Zustandes der Straßen, als infolge umfassender italienischer Verteidigungsmaßnahmen.

Die Eingekesselten in Mesopotamien.

London, 10. Februar. Reuters Bureau meldet aus Delhi: Die Kommunikation über die Operationen in Mesopotamien sagt, daß General Townshend noch immer auf el Amara als einen Punkt von strategischer Bedeutung behauptet, und daß General Plumer's Operationen bezwecken, ihn dort zu unterwerfen. Es ist kein Rückzug beabsichtigt.

Die "Times" schreibt in einem Leitartikel: Diese Umklammerung ist interessant, weil sie die künftigen Aktionen enthüllt. Aber augenblicklich ist es die Hauptsache, daß sich die beiden Generale vereinigen. General Townshend wird seit zwei Monaten belagert. Das ganze Reich wird sich freuen, wenn die Eingekesselten die schwierigen 28 Meilen, welche sie von el Amara trennen, überwunden haben werden.

Wieder einmal unwahr.

Berlin 10. Februar. Ueber die Schweiz gefangen, angeblich aus Südamerika, Nachrichten hierover, daß es deutschen Bundesbüchsen gelungen ist, trotz der Bewachung durch englische Kriegsschiffe unter der Flagge der Vereinigten Staaten von Nordamerika Südamerikanische Häfen zu verlaufen, um im Atlantischen und Stillen Ozean zu kreuzen. Das W. L. Z. von ausländischer Seite erfährt, beruhen die Nachrichten auf freier Erfindung. Unsere Gegner können sich schwer überzeugen, daß die Schiffe noch in den Häfen liegen. Sie können in einer Verdächtigung der Schiffe nur eine feindliche Hand erkennen.

Wir haben gestern gleich unseren Zweifel an die Nachricht geäußert.

Keine Explosion in den Skodawerken.

Wien, 10. Februar. Aus dem Kriegspressquartier wird gemeldet: Die größte Lüge, die bisher in der Presse der Entente zur Veröffentlichung gelangt ist, bildet die Meldung der "Lance" vom 2. Februar, daß ein großer Teil der Skodawerke in Wlkan, insbesondere das Erzeugnisabteilament mehrere schwere Mörser, durch eine Explosion vernichtet worden sei. Diese Sensationsnachricht wurde in den Zeitungen des feindlichen Auslandes mit großer Freude verbreitet und in der neutralen Presse mit Ausdrücken des Bedauerns abgedruckt. Es wird hiermit amtlich festgestellt, daß in den Skodawerken überhaupt kein Zwischenfall ereignet hat, und daß die Arbeit nach wie vor überall ruhig und ununterbrochen fortgeht. Die Meldung der "Agence Havas" ist vollständig unbegründet und frei erfunden.

Polens Verjorgung mit Lebensmitteln.

Berlin, 11. Februar. Die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" berichtet über die Lebensmittelfrage in Polen: Mit Erlaubnis der deutschen Regierung kann ein Witz von belgischen Volksgenossen und Belgien von der Rotkreuzverwaltung die unmittelbare Untersuchung der wirtschaftlichen Lage der europäischen Bevölkerung in dem russischen Teil des Deutschen besetzten Gebiet vor. Infolge des weitestgehenden Zusammenkommens der Regierung können sie überall hinreisen, um die Lage der Bevölkerung zu untersuchen und sich über die Verhältnisse zu informieren. Die Untersuchung ist in den Städten, durch den Verkehr zu erleichtern und sich für unerschweren, ohne von Offizieren begleitet zu sein, jedoch die Eingriffe der Polizei als zureichend zu betrachten sind. In den aufgeschlossenen Ländern ist die Lage der Bevölkerung immer noch ernst, Handel und Wandel liegen in Polen allgemein so, daß die Russen auf ihrem Rückzuge Tausende von Flüchtlingen und Vertriebenen zurücklassen. Auch die Ernährungsfrage ist eine sehr schwierige, da die Russen, wo sie nur konnten, die Ernte vernichtet haben. Infolge dessen ist ein erheblicher Bruchteil der Bevölkerung in eine solche Lage versetzt, daß sie darauf angewiesen ist, von der öffentlichen Unterstützung zu leben oder von den Russen ernährt zu werden. Daß die Ernährung gerade nur das allergrößte Notwendige sein kann, ist bei der bestehenden Lage klar, es wäre daher überaus bedauerlich, wenn für Polen und Litauen ein solches Schicksal bevorstünde, wie es seit langem für Belgien und die besetzten Gebiete Nordfrankreichs geschehen ist. Der Herrscher ist nach Ansicht der amerikanischen Vertreter eine monatliche Ausgabe von etwa 1 Million Dollars er-

forderlich. Die deutsche Regierung hat ihnen zugesichert, daß etwa in das besetzte Gebiet eingeführte Nahrungsmittel nur der nothwendigen Versorgung zugute kommen sollen. Die amerikanischen Vertreter würden dauernd Gelegenheiten haben, sich zu überzeugen, daß die eingeführten Nahrungsmittel mit ihrem eigentlichen Zweck entsprechend verwendet würden.

Erneuter Aufruf an die im Auslande lebenden Deutschen.

Die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Im Nachgang zu den staatlichen Verordnungen vom 3. und 15. August 1914, durch die alle im Ausland befindlichen wehrfähigen oder in künftigen Kriegsdiensten lebenden Deutschen zur ununterbrochenden Meldung in das Inland angefordert worden sind, ist unter dem 31. Januar 1916 eine weitere Aufforderung zur Meldung an Deutsche ergangen, die sich im Ausland befinden. Diese Aufforderung lautet: Die im Ausland befindlichen Deutschen, die am 30. Juni 1914 in Elberfeld ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hatten und nach dem Zeitpunkt des Kriegsausbruches vertrieben sind, sind zu melden. Die Befehle, wie sie in Elberfeld durch den Reichsausschuss für die Kriegsverwaltung der Reichsregierung erteilt sind, sind in Elberfeld durch den Reichsausschuss für die Kriegsverwaltung der Reichsregierung erteilt. Die Befehle, wie sie in Elberfeld durch den Reichsausschuss für die Kriegsverwaltung der Reichsregierung erteilt sind, sind in Elberfeld durch den Reichsausschuss für die Kriegsverwaltung der Reichsregierung erteilt.

Die künftigen Verhältnisse, wie sie in Elberfeld durch den Reichsausschuss für die Kriegsverwaltung der Reichsregierung erteilt sind, sind in Elberfeld durch den Reichsausschuss für die Kriegsverwaltung der Reichsregierung erteilt. Die Befehle, wie sie in Elberfeld durch den Reichsausschuss für die Kriegsverwaltung der Reichsregierung erteilt sind, sind in Elberfeld durch den Reichsausschuss für die Kriegsverwaltung der Reichsregierung erteilt.

Die Befehle, wie sie in Elberfeld durch den Reichsausschuss für die Kriegsverwaltung der Reichsregierung erteilt sind, sind in Elberfeld durch den Reichsausschuss für die Kriegsverwaltung der Reichsregierung erteilt. Die Befehle, wie sie in Elberfeld durch den Reichsausschuss für die Kriegsverwaltung der Reichsregierung erteilt sind, sind in Elberfeld durch den Reichsausschuss für die Kriegsverwaltung der Reichsregierung erteilt.

Kleine Kriegsnachrichten.

Kleiner Grenzverstoß. Bulgarenische Matrosen, die in der Dardanellen vorankommen, gerieten dabei verheerend in den russischen Teil des Golfes, wo sie mit rumänischen Kreuzern in einen Zusammenstoß. Nach einer Aufforderung an die Bulgaren, sich zu entfernen, gaben die Rumänen Feuer auf die Matrosen, die sich sofort zurückzogen.

Die Zukunft des Appam. Neuer meldet aus Washington: Graf Percival richtete an Lansing die Bitte, auf Grund des Freigangamerikanischen Vertrages von 1828 der "Appam" die Erlaubnis zu erteilen, auf unbestimmte Zeit in den amerikanischen Gewässern zu verkehren.

Briand in Rom. Mailänder Blätter melden aus Rom, daß Briand und die anderen Mitglieder der französischen Mission in Rom angekommen sind. Sie wurden am Bahnhof von Salandra, Sonnino und den anderen Ministern, Abgeordneten und Senatoren empfangen. Eine große Menge umlagerte den Bahnhof, die Stadt war festgelegt.

Französische Flieger über Smyrna. "Lain News" melden aus Athen: Man erzählt aus Mytilene, daß gestern ein französisches Flugzeug über Smyrna bombardiert hat. Ueber den angerichteten Schaden wird nichts gemeldet.

Schwedens norwegisches Schiff. Der Postdampfer "Ida" traf heute abend in Gock von Island mit zehn Mann der Besatzung des norwegischen Dampfers "Boar" ein, der dreißig Meilen nordwestlich der Insel auf eine Mine gelassen und gesunken ist. Wahrscheinlich sind der Kapitän, der erste Maschinist und der zweite Stuurmann ertrunken.

Ein englischer Kriegserlöb in Dänemark. Der Dänische Reichstag hat den Antrag des Reichstages, aus einem Gefangenenlager in Helsingör zu fliehen, zu 9 Monaten Militärhaft in der Kaiserin zu verurteilen.

Der Amerikaner in Serbien. Der "N. J. A. N." wird aus New York berichtet: Der in Serbien angesehene Amerikaner hat den Krieg aus dem perijischen Finanzdienst geliebene finanzielle Beirat in Leberan, Herr Morgan-Schäfer, hat sich nach einer Weidung der Republik "World" in außerordentlich wichtiger diplomatischer Mission nach dem Orient begeben. Der amerikanische Organisations des perijischen Finanzwesens wird durch Konstantinopel und dann Teheran bejuchen.

Die 151. amtliche Verlustliste

enthält u. a. folgende Taupentente vom 5. und 6. März: Grenadiere, Infanterie- und Jäger-Regimenter: Nr. 6, 7, 10, 11, 37, 38, 63, 129, 134, 135, 137; Reserve: Nr. 10, 11, 22, 23, 24; Landwehr: Nr. 14, 11.

Reserve Nr. 5. — Kavallerie: Kürassiere Nr. 2, Infanterie Reserve Nr. 6. — Feld-Artillerie: Nr. 53, Reserve Nr. 20. — Pioniere: I Nr. 3, II Nr. 6; I. Landwehr-Kompanie des 6. Armeekorps.

Parteiangelegenheiten.

Wieder einer der Aker gestorben. In Avolva starb im Alter von 70 Jahren der Genosse Ernst Lachner. Er kam nach Ausbruch des Sozialkrieges, das ihn in seinem Wirkungskreis Meeres in Sachen mit der Polizei in Konflikt gebracht hatte, in seinen jungen Jahren nach Thüringen, wo er zuerst im Dienste der roten Post und dann in allen Kleinarbeiten der Partei tätig war. Mit regem Interesse verfolgte er bis in die letzten Tage seines Lebens die Fortschritte auf politischem Gebiete. In schwerer Zeit hat er in Thüringen viel für die Parteisache geleistet; dies führt ihm ein ehrendes Andenken.

Der Sozialdemokrat Genosse Franz Wanner, Angehörter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, im Alter von 40 Jahren an einem Herzleiden. Vor einigen Monaten war er als ungeduldet Landsturm eingezogen worden. Der Verstorbene hat sich um die Arbeiterbewegung in Avolva sehr verdient gemacht. Besonders die Organisation der Arbeiter der Metallindustrie, aus der er hervorgegangen war, hat durch Wanner eine rasche Förderung erfahren. Auch als Initiator für die Partei wurde er seinen Mann. Bei den letzten Landtagswahlen war Wanner Kandidat der Sozialdemokratie für den Bezirk Wetzheim.

Schlesien und Posen.

Glogau, 11. Februar. Ein Kohlenbahn gesunken. Ein Unfall ereignete sich Donnerstag vormittag oberhalb der Straßenbrücke. Mit 1000 Zentner Kohlen beladen, ist ein niederwärts gehender Kahn beim Umgeben zu Grund gegangen. Der einem Schiffer Mathejus gehörende Kahn liegt quer im Strombett. — Der vor etwa vierzehn Tagen gesunkene Dampfer ist soweit gehoben, daß seine Weiterbeförderung in die Reparatur-Werkstätte erfolgen kann.

Görlitz, 11. Februar. Doch kein Ziel erreicht hat der Häusler Frenzel aus D. er-Gebirg. Er wollte sich an einem Baum an der Chauffee von Reichen nach Ober-Gebirg erhängen. Ein Radfahrer, der aus Weikersdorf zufällig des Weges kam, schnitt den Selbstmörder ab und es gelang ihm nach längerer Zeit, den bereits Bewußtlosen ins Leben zurückzuführen. Der ins Leben Zurückgekehrte gab hierauf an, nach Juchow zu seinem Sohne zu gehen. Obwohl ihm der Strick weggenommen worden war, hat sich Frenzel doch noch in derselben Nacht erhängt. In früher Morgenstunde fand ihn ein Weitzer in Reichen tot an einem Baum hängend auf.

Spottau, 11. Februar. Mangelnde Landwirte. In der letzten Sitzung des Schöffengerichts hatten sich drei Mitglieder aus Waltersdorf wegen Vergehens gegen bündelartige Kriegsverordnungen zu verantworten, indem sie bei der Befreiung ihrer Getreidevorräte wesentlich falsche Angaben gemacht haben. Die gegen sie erlassenen Strafbefehle in Höhe von je 100 Mark wurden vom Gerichtshof auf je 50 Mark oder fünf Tage Gefängnis ermäßigt.

Wielun (Posen), 11. Februar. Eingebrochen und ertrunken. Mittwoch nachmittag warnte sich der achtjährige Schüler Felix Jagoda nicht auf das Reiterstall bei dem Schiffbauer Macternytschen Grundstück. Das Eis, das durch die kalte Witterung in den letzten Tagen müde geworden war, brach und der Knabe ertrank. Die Leiche ist geborgen.

Wittenberg, 11. Februar. Selbstfabrikant von Baplergeld. Vor dem hiesigen Schöffengericht stand der Sattlermeister Karl Köchel mit seiner Ehefrau Martha unter der Anklage, falsche Zweimark- und Viermark-Scheine hergestellt und in Umlauf gebracht zu haben. Köchel hatte bei Eintritt des Krieges seine Stellung in einer Glaser'schen Druckerei verloren und war deshalb in Not geraten. Er stellte ein lithographisches Weser gegen 900 falsche Darlehensscheine her und brachte selbst eine Anzahl in Umlauf. Die falschen Scheine gelang ihm nur so lange, bis die Behörden die Falschfabrikation entdeckten und die Erkenntnisse veröffentlichten. Von den angeklagten Falschfabrikanten sind etwa ein Dutzend ermittelt worden, die meistens im Industriegebiet, auch in anderen Teilen von Schlesien, sogar in der Mark und in Berlin, aufkauten. Das angeklagte Ehepaar war in vollem Umlauf gefähig. Karl Köchel wurde wegen Minderjährigkeit zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, seine Ehefrau wegen Verbreitung des falschen Geldes zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Wittenberg, 11. Februar. Einem tödlichen Unglück. In der Wittenberg-Wasserwerkstätte Tiegels in Wittenberg. Der Fernwärmer war mit dem Schleifen von Messern an einem Stein in die Höhe sprang, wobei ein etwa ein Zentner schweres Steinstück an die Brust traf und ihn tödlich verletz-

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. Februar.

Stadtverordnetenversammlung.

Obwohl es keine weltbewegenden Fragen waren, welche die Stadtverordnetenversammlung gestern behandelte, dehnte die Sitzung doch ungewöhnlich lange aus — mit der geheimen Beratung bis in die neunte Stunde. Den Hauptteil der Zeit nahm die Verpachtung der Palastäulen und die Futtertrögnungsanlage in dem Michaelisstraßen-Stadtwinkel in Anspruch.

Vorher kam ein von allen Parteien unterstützter Antrag zur Beratung, auch den zum Heeresdienst einberufenen unverheirateten städtischen Angestellten eine Unterstützung während der Kriegszeit zu gewähren. Die Magistratsvertreter wiesen auf die finanzielle Tragweite des Antrages hin. Stadtv. Herschel wandte etwas sehr stark zwischen dem Wohlwollen für die Beamten und der Furcht vor den gerechten Steuerzahlern. Stadtv. Zimmer machte geltend, daß alle Gründe, die für eine Unterstützung der Angestellten sprechen, erst recht für die immer mittellosen Arbeiter gelten und stelle einen entsprechenden Antrag. Er wurde mit dem Antrag Milch dem Magistrat zur Erwägung überwiesen.

Bei der Erörterung der Vertragsübertragung für die Pflanzanlage von Abfallstoffen in der Michaelisstraße ergaben die Meinungen über den guten Geruch in der Umgebung aneinander und man einigte sich nach langem Hin- und Her auf den Ausführenden die eigene Lugenscheinabgabe und Geruchsprobe zu übertragen, ehe man die Vorlage selbst entscheidet. Als Führer dieser Prozedur wird Herr Brothofer Schubert fungieren, dessen friedliches Bürgergemüt sich in gärenden Drachensaft verwandelt, sobald man ihm mit den duftenden Küchenabfällen nahe kommt. Für eine nochmalige Prüfung sprach sich auch Stadtv. Schütz aus.

Ein sehr langes Referat des Stadtv. Lehmann zur Verpachtung mit allerhand historischen Reminiscenzen bewies, daß dem tauffreudigen Stadtvater dieser Zeit noch nicht beschlaghaft wurde. Bei der folgenden Debatte schien es manchmal, als ob das Interesse der städtischen Finanzen nicht die alleinige Triebfeder der Beratung war, sondern ein ganz klein wenig auch zwei private Wesen ihre Fürsprecher ins Stadthaus geschickt hätten. All ihr Mühen erreichte aber auch hier vorläufig nur die Ausschussberatung.

In der geheimen Sitzung kam die Werdermühlens-Angelegenheit endlich zur Erledigung. Die Stadt erwidert die Mühle im Interesse einer zukünftigen wirtschaftlichen Ausnutzung der Wasserkräfte und weisungsfähiger Verlehrsollkraft für den strommütterlich bedachten Norden. Seine Bürger werden es der Verwaltung einst Dank wissen.

Für Beamte und Arbeiter im Felde.

Stadtv. Milch (lib.) begründet einen Antrag, den nur auf Dienstverpflichteten unverheirateten städtischen Beamten für die Dauer der Einberufung zum Heere einen Teil ihres Gehaltes zu bewilligen. Die festangestellten Beamten ist der Gegenstand durch Gesetz geregelt und den auf Dienstvertrag angestellten, soweit sie verheiratet sind, schon früher beschlossen worden, einen Teil ihres Gehaltes zu gewähren. Darin liegt eine Härte für die Unverheirateten, die von Teil Mutter und Geschwister zu unterstützen haben und die doch mit Mitteln aus dem Stadthaus herantreten können. Die Antragsteller wollen nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern erwarten die Beschläge des Magistrats.

Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt, die gleiche Unterstützung auch den städtischen Arbeitern zukommen zu lassen.

Vor einem Jahre.

Februar. Der Sieg über die Russen föhlich der massenhaften Seen entsetzten. 26.000 Gefangene gemacht, 20 Geschütze und 30 Maschinengewehre erbeutet.

Aus aller Welt.

Berlin, die teuerste Stadt im Reich.

Eine heimische Statistik, die einen Durchschnittspreis für die städtischen Lebensmittel errechnet hat, gibt es nicht. Die Preise sind aber so hoch, daß man sich nicht vorstellen kann, wie im Frieden es auch jetzt, in den verheerenden Zeiten des Krieges außerordentlich verstanden. Ebenso sind während des Krieges die Preise nicht nur auf den Lebensmittelmarkt, sondern auch auf den Dienstleistungsmarkt gestiegen. Berlin, das heute die teuerste Stadt im Reich ist, war es im Frieden durchaus nicht. Die hohen Preise der Lebensmittel sind die Ursache dafür, daß die das königliche städtische Landbesitz zu Berlin für die Versorgung der städtischen Bevölkerung am wenigsten geeignet ist. Ein Zehntel der Bevölkerung sind nach diesen Zahlen Fleisch, Kalt- und Warmwasser doppelt, zum Teil mehr als doppelt so teuer, wie im Frieden. Der durch Höchstpreisverordnungen gesetzte Schanzenpreis bedeutet dagegen nur eine Erhöhung um durchschnittlich 40 Prozent. Eier stieg um 150 Prozent, Butter um 100 Prozent, Brot um 70 Prozent. Das Brot, das heute nur eine Bestimmung von rund 10 Prozent erfährt, hat sich um 100 Prozent verteuert. Der Preis für Kaffee, dessen Bedeutung für die Berliner Bevölkerung annähernd der des Tees für die englische Bevölkerung ist, gegenüber Ende 1914 um 17 Prozent, gegenüber dem Preis von 1913 um 21 Prozent gestiegen, und die Preissteigerung endlich jetzt gegenüber dem Friedenspreise eine Erhöhung von knapp 15 Prozent.

Nieren-Dreibecker. Die „Central News“ melden aus New York: Eine amerikanische Firma baut einen Dreibecker mit 1000 Pferdekraft, zweiundert Einheiten Gewicht, 68 Fuß Länge, und 8000 Pfund Gewicht, der nur der Benennung und dem Brennstoff noch 3000 Pfund Kosten und zwei oder drei dreijährige Patente zu tragen imstande ist. Ein hochentwickeltes Modell dazu, der Voller-Apparat ist in nächster Unerwartung, und wird von den amerikanischen Ingenieuren, die an England und Frankreich geliefert werden, zu gelangen.

Stadtrat Zolner: Es ist ja möglich, dem Antrage zu widersprechen, es bestehen doch aber gewichtige Bedenken. An Angestellte, die eine arme Mutter zu unterstützen haben, zahlen wir jetzt schon einen Teil des Gehalts weiter und gar nichts zahlen wir nur an die, die ganz allein in der Welt stehen. Wenn hier beschlossen würde, 25 Prozent zu zahlen, dann würde das wieder eine Ungerechtigkeit gegen die Frauen der Verheirateten bedeuten, die nur 40 Prozent erhalten. Im Frieden ist das Arbeitsverhältnis der Angestellten mit der Einziehung zum Militär erledigt und nachher werden sie wieder neu angestellt. Ich sehe nicht ein, warum es jetzt anders sein soll.

Stadtv. Herschel (Zentrum) bittet um Ausschussberatung. Zunächst müssen wir ein Bild von der finanziellen Tragweite des Antrages verschaffen, umso mehr als der sozialdemokratische Antrag einen viel größeren Personenkreis berücksichtigen will. Es muß auch dem Diensthabe Rechnung getragen werden. Den Offiziersstellvertreter wird man anders betrachten müssen, als den Gemeinen. Wir müssen bedenken, daß wir innerhalb zwei Jahren 60 Prozent Steuererhöhung haben.

Oberbürgermeister Matting empfiehlt, die Angelegenheit dem Magistrat und nicht einem Ausschuss zu überweisen.

Stadtv. Zimmer (Soz.) begründet den Antrag, die gewünschten Vergünstigungen auch den unverheirateten städtischen Arbeitern zu gewähren. Alles, was bezüglich der Beamten angeführt wurde, trifft auch für die Arbeiter zu. Daß mit einer Ausschussberatung nur eine Verzögerung eintritt, kann ich nicht zugeben. Der Magistrat braucht uns doch nur Mitteilung zu machen von der finanziellen Tragweite.

Stadtv. Wohlaner (lib.) ist für Überweisung an den Magistrat zur Erwägung.

Stadtv. Herschel (Zentr.): Wir müssen im Ausschuss erst Aufklärung über die finanzielle Tragweite haben.

Stadtv. Kaufmann (natlib.) ist für Überweisung an den Magistrat.

Stadtv. Milch (lib.) hat gegen Ausschussberatung nichts einzuwenden.

Stadtv. Feige (lib.) ist für Überweisung an den Magistrat da man mit einem anderen Beschluß auch nicht mehr erreichen.

Der sozialdemokratische Antrag wird angenommen und die ganze Angelegenheit hierauf dem Magistrat zur Erwägung überwiesen.

Die „Mellogen“-Färbil.

Stadtv. Hante (lib.) berichtet über den Magistratsantrag, wonach die Breslauer Mellogen-Werke in den Vertrag über die Abfallabfälle eintraten sollen, der seitens der Firma Mellogene geschlossen wurde. Es werden hiergegen Einwände erhoben. Ein Einwand besteht in der Bezeichnung „Mellogen“, ein Wort, von dem niemand weiß, wie es ausgesprochen werden soll und was es bedeutet. Es ist ein griechisches Wort und deshalb will ich auch nicht näher darauf eingehen, denn Griechenland ist ein neutraler Staat. (Heiterkeit.) Man hat versucht, das Wort zu verdeutschen, es ist dabei aber auch nichts Rechtes herausgekommen. (Heiterkeit.) Wichtig ist aber ein Umstand, daß sich die ganze Umgehung dort über Mellogene abspielt, die in der Tat weder für Mellogene noch für die Arbeiter zugunsten ist. Vielmehr gegenüber ist gegenüber ein sehr heftiger Schornstein zur Verfügung genommen worden. Ich möchte den Magistrat um Auskunft bitten, wie es damit steht.

Stadtrat Zolner: Es handelt sich nicht um einen Konflikt, sondern um einen Streit, der mit den Wasserwerken einwohrgeschleudert und in die benachbarten Höfe getragen wird. Es ist Sache der Gewerkschaft, für Abhilfe zu sorgen und in Kürze wird der Mißstand auch beseitigt sein.

Stadtv. Schubert (lib.) ist seinerzeit gegen die ganze Anlage gewesen, es ist aber noch viel schlimmer gekommen, als wir uns gedacht haben. Außerdem besteht Feuergefahr wegen der benachbarten Betriebe, der Mülverwertungsanlage und schließlich liegt auch Getreide in der Nähe. Der Schornstein ist nur sechs Meter hoch und die Kartellstellen haben zentimeterweise durch ihn hinaus auf die Nachbarküste. Der Gestank und Qualm bringt durch die Temperaturerhöhung 600 bis 800 Jenner Abfälle liegen in Säulen da, weil sie nicht richtig aufgearbeitet werden können.

Stadtrat Zolner: Die Anlage kostet 70.000 Mark und ist besser hergerichtet, als ursprünglich geplant. Seit zwölf Tagen ist sie im Betrieb und sie kann alle Vorräte täglich bewältigen. Daß in den ersten Tagen nicht alles sofort richtig funktioniert ist erklärlich. Ich wiederhole aber, es handelt sich nicht um einen Schornstein, sondern um ein Dampfrohr.

Stadtv. Jeron (lib.) berichtet, daß Kartellstellen 170 Meter weit geschleudert wurden. Und dann der häßliche Geruch, der in dem dicht besiedelten Stadtteil besonders schädlich ist. Zwei- oder dreimal sind schon Brände im Entstehen begriffen gewesen.

Oberbürgermeister Matting: Alles, was hier angeführt wird, hat mit der Vorlage an sich nichts zu tun und ist Sache der Bau- und Gewerkschaften.

Stadtv. Feige (lib.) kann dieser Auffassung des Oberbürgermeisters nicht beipflichten, denn man kann bei der Zustimmung zu

der Vorlage die Beseitigung der Mißstände zur Bedingung machen. Aber die Hausbesitzer können sich auch leicht selbst helfen, denn wenn auch nur ein Teil der Angeführten wahr sei, würde leicht ein Gerichts-urteil zu erzielen sein, das die Fortführung des Betriebes verbietet. Der Redner ist für Ausschussberatung und sieht darin ein Mittel, den Mißständen abzuhelfen.

Stadtv. Schubert (lib.) sagt, daß seit Sonnabend bereits vier Brände im Entstehen gewesen seien. Eine solche Anlage müsse aus der Stadt hinaus.

Stadtrat Zolner wiederholt, daß es sich nicht um Rauch handelt, der der Anlage entstammt. (Stadtv. Schubert erregt: Ach hab's doch gesehen!) Es handelt sich nicht um ein Dampfrohr, sondern um ein Dampfrohr.

Stadtv. Herschel (lib.) beantragt, daß die Ausschussmitglieder die Anlage in Augensicht nehmen sollen.

Stadtv. Schütz (Soz.) hat seinerzeit Bedenken gegen die ganze Anlage gehabt, aber da sei im Ausschuss das Wort gefallen, daß dort Billen nicht in Betracht kämen. Dem Oberbürgermeister sei zu erwidern, daß seinerzeit die Bedingung gestellt wurde, daß Befestigungen der Nachbarküste ausgeschlossen seien. Diese Befestigung sei nicht erfüllt. Zu allen Liebesbüchern kommt die Feuergefahr. Wir können die Schuld nicht auf uns laden, daß dort ein Feuer ausbricht und müssen den Vertrag als nichtig anerkennen, solange keine Bedingungen nicht erfüllt sind.

Stadtv. Wolf (lib.): Es ist merkwürdig, daß eine Petition aus der Gegend nur sechs Unterschriften hat und auch nur von Leuten, die nicht unmittelbar in der Nähe wohnen. Die zwei in der Petition erwähnten Brände haben andere Ursachen. Es ist auch gar nicht annehmbar, daß die Firma so irrational verfährt, daß 70 Prozent der Abfälle in die Luft fliegen, und daß sie andererseits doch so viel verdient. Trei aller Liebertreibungen mögen aber Mißstände vorliegen, die wir beseitigen müssen. Die Vorlage gibt uns Anlaß, einen Stand auszuüben. Die Firma ist übrigens kapitalstark genug, um Erfolge zu haben.

Stadtv. Herschel (lib.) wüßte nochmals die Beschäftigung, um die Arbeiter zu beschäftigen, die hier untergeordnet sind. Die Vorlage wandert in den Ausschuss und die Beschäftigung der Anlage würde beschlossen.

Vom Breslauer Anschlagweizen.

Der Magistrat beantragt, das Prekauer Anschlagweizen vom 1. April ab auf die Taxer von fünf Jahren an den Buchdruckereibesitzer Emil Winter und den Kaufmann Julius Ecken zu vergeben. Der Pachtzins soll in den ersten drei Jahren je 25.000 Mark und in den beiden nächsten Jahren je 20.000 Mark betragen.

Stadtv. Lehmann (lib.) spricht sich als Ausschussmitglied für die Vorlage aus. Der bisherige Pächter Winter soll den Vertrag 25.000 Mark jährlich und hat beantragt, diesen Betrag wegen des Krieges auf 25.000 Mark herabzusetzen, weshalb die Ausschreibung erlosch.

Stadtv. Hamburger (lib.) bittet, nicht die rein finanziellen Erwägungen als Ausschlaggebend zu betrachten, nachdem Herr Winter in das Geschäft schon 46 Jahre lang zur Zufriedenheit vertrieben hat.

Stadtv. Lehmann (lib.) berichtet, daß er über das Anschlagweizen zur Zufriedenheit angekauft hat. Ausschlaggebend war das erneute Einbringen im Nachversteigerung. Oberbürgermeister Matting weist darauf hin, daß es sich für die Stadt bei den erhöhten Summen keineswegs um eine Pagaufnahme handelt.

Stadtv. Frankenstein bittet, im Ausschuss zu erwägen, ob man die Weiterverachtung nicht doch noch an Winterstein verleihe.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird die Vorlage an den Ausschuss verwiesen.

Die laufenden Ausgaben bei den Erweiterungskosten des Pflanzhauses in Gortzbrunn für die Zeit vom 1. Oktober 1915 bis 30. September 1916 mit 5200 M. wurden bewilligt.

Der Präfekturkommune in Schwednitz wird wegen der durch den Krieg herbeigekommenen schweren wirtschaftlichen Lage eine Minderbemessung von 300 Mark vierteljährlich für den Goldenen Zoster bewilligt, unter der Bedingung, daß der Nachschuß mindestens zur Hälfte dem Urmutter zugunsten kommt und die Präfekturkommune diesem während der Zeit der Minderbemessung den Vorkurs nicht abholt.

Die für den Neubau der Pflanzhaus in Schwednitz im Sommer 1915 aufgewendeten Kosten von 4700 Mark wurden bewilligt.

Die Magistratsvorlage, der Breslauer Produktionsbesitz auf dem Schlosshofe gelegene Gebäude der Talgischmelze vom 1. Oktober 1915 ab unter den bisherigen Bedingungen auf

Die eigne zu erzählen. Das Strafrecht und den verurteilten Straftäter Wilhelm Hauptmann aus Tübingen wegen Tötung seiner Frau durch einen schweren Schlaghammer zu fünfzehn Jahren Zuchthaus.

Ein vierzehnjähriger „Lebemann“ wurde durch die Aufmerksamkeits eines Berliner Polizeibeamten entdeckt. Der Polizeibeamte entdeckte einen Wertbrief mit 3700 Mark. Er hat, welche er nicht mehr zu seinem Zielort zurückbringen, sondern nach Köln a. Rh. fahren. In einem Kofferhandelsgeschäft kaufte er sich zunächst einmal einen neuen Anzug, Stiefel und Hut und dann auch noch eine goldene Uhr und eine kleine Zigarettenbox. Vor dem Abschied aus Berlin besuchte er ein Theater. Als er nach Schluss der Vorstellung durch die Friedrichstraße ging, fand er bald die Gesellschaft eines Mädchens, die mit ihm in ein Hotel ging. Dort ließ sie zwei Flaschen Wein bringen, die sie dem Jungen gleich aus der Hand zu trinken gab. Dann warf sie den Begleiter, der schon schlafend geworden war, ins Bett. Spät in der Nacht weckte ihn der Pförtner und forderte ihn auf, das Zimmer und das Haus zu verlassen. Als er entsetzt, daß er noch schlafen wollte, untersuchten der Pförtner und seine Schwester die Briefbox. Händerte ihm mit 2000 Mark wieder aus, nahmen ihm die goldene Uhr und die Zigarettenbox ab und ließen ihn allein gehen. Der „Lebemann“ fuhr nun mit einer Tasche noch einem anderen Hotel. Weil er kein Geld mehr hatte, so sah er im Voraus mit einem Taxendruschler. Der Pförtner weckte auch, nahm den Gast auf, schickte aber gleich zur Polizei. Ein Beamter, der alsbald erschien, erkannte in dem blassen Gesichte den durchsuchten Pagen, der schon gefasst wurde.

Wortung auf der G. Ein schweres Unfälle hat sich auf der G. in Bittkau zugetragen. Dort lenkte ein mit sieben Personen besetztes Fahrzeug. Alle Insassen fielen ins Wasser. Zwei von ihnen, die Frau des Kapitäns Lene und die Frau des Steuerwärters Peters, gelitten an den Krollen eines vorübergehenden Dampfers. Sie wurden von den Schwämmen getroffen und konnten nur als Leichen geborgen werden. Die übrigen fünf Personen wurden gerettet.

Neun Monate Gefängnis für eine 74-jährige Adressantin. Die 74-jährige Adressantin Ellen Neuh wurde vom Kölner Außerordentlichen Kriegsgericht wegen verurteilten Landesverrats und Aufreizung von Mannschaften des Heeres zu verurteilen gegen die militärische Macht und Ordnung zu unheimlichen Beschlüssen verurteilt. Die Angeklagte hatte in Wort und Schrift den Satz vertreten, daß die adrehtlichen Soldaten auch im Kriegsfall die Freiheit behalten und nicht in den Händen der Feinde sein sollten. Die übrigen fünf Personen wurden gerettet.

Mehrzahl der Adressanten diesen Glaubenssatz im Kriege nicht als geltend erachtet. Das Gericht billigte der Angeklagten widerwärtige Umstände zu, da sie nicht aus deutsch-französischer Gesinnung, sondern aus Überzeugungsglauben gehandelt habe. Zu ihren Gunsten wurde ferner angenommen, daß der Gerichtspräsident als geistlich minderwertig bezeichnet, andererseits wäre die Strafe angesichts der Schwere der That viel höher ausgesetzt.

Das Urteil ist nicht recht zu verstehen. Ist die Frau, wie sie der Gerichtspräsident bezeichnet, wirklich geistlich minderwertig, dann hätte sie aber auch freigesprochen werden müssen.

Schneeplüge in der Eifel. Heftige Schneestürme mit Aufbruch der Schneefallen schlugen über die Eifel und die Ardennen nieder. Im Luxemburgischen liegt der Schnee mehrere Fuß hoch und verursachte an vielen Orten Verkehrsbehinderungen.

Verurteilung des Mordmörders Götzkau. Auf dem Hofe des Gerichtsausschusses in Frankfurt a. O. ist Donnerstag früh der am 13. Mai 1880 in Falkenhahn geborene Schlosser Otto Götzkau hingerichtet worden. Götzkau wurde am 22. Oktober zum Tode verurteilt. Er hat im August vorigen Jahres in der Leberfäule bei Vernehmung des Schlosser Krause aus Berlin ermordet, um sich in den Besitz seiner Papiere und seines Geldes zu setzen.

Strafverurteilung. Zur Strafe des jetzigen Wertes des Geldes hat ein Kölner Schöffengericht eine erwähnenswerte Stellung eingenommen. In einer Strafsache beantragte der Antragsteller eine Geldstrafe von 40 Mark. Das Gericht erkannte jedoch auf eine Geldstrafe von nur 15 Mark, indem es begründend ausführt, das Geld habe jetzt einen ganz anderen Wert als in Friedenszeiten. Der Verlust von 15 Mark sei jetzt ebenso bitter, als wenn in Zeiten des Friedens die Summe 40 Mark sei.

Gegen den Reichspräsidenten (bei uns sagt man Zell verfeuern) wendet sich das bayrische Bezirksamt zu Pillingen, da, besonders auch bei Reichstagswahlen für gefallene Krieger, großer Aufwand gemacht wird. Die Angehörigen sehen meistens deshalb nicht von einer Einladung zum Reichspräsidenten ab, weil sie fürchten, in den Ruf des Geizes zu kommen.

Literatur.

Regina Ein Weltkriegsroman. Von Karl Gustav Thedor. Drama in fünf Akten. Mit einer Habierung von Oda Peters-Lepzig. Gebunden 4 Mark, gebunden 5 Mark.

Nahrungsmittelversorgung eine öffentliche Angelegenheit.

Wenn selber die Sozialdemokratie in den Gemeinden die kommunale Lebensmittelversorgung forderle, be- müßigen sich die Vertreter der bürgerlichen Mehrheit die sozial- demokratischen Redner mit ein paar Worten abzutun. Während des Krieges hat man aber den Wert der Nahrungsmittelversorgung durch die Gemeinden kennen und schätzen gelernt. So schreibt der amtliche Nachrichtenblatt für Ernährungsförderung:

„Anerkennenswerter Weise hat sich nun die Zahl der Gemeinden, die eine organisierte Lebensmittelversorgung erziehen, in den letzten Wochen vermehrt. Der richtige Weg gewinnt Boden. Ihm aber das Recht zu geben, ist die augenblickliche Zeit besonders geeignet, denn wir stehen vor der Aufgabe der neuen Ernte und die Organisationsarbeit der Gemeinden wird auch auf die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung ausgedehnt werden müssen. Die Mittel für die Durchführung muß für die Erreichung dieses Zweckes gewonnen werden. Aber man muß sie organisieren.“

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ weist darauf hin, daß in jedem kriegerischen Erfolge überall zu berücksichtigen seien, wo in langer Friedenszeit die Vorbereitungen dazu getroffen worden waren. Soan schreibt sie:

„Aber an die Rohstoffversorgung unseres Landes, an die Lebensmittelversorgung unserer Bevölkerung hat man im Frieden nicht gedacht, dazu war keine Versorgungsorganisation vorhanden. Jetzt leben wir in der Not, und die Lebensmittelversorgung ist eine öffentliche Angelegenheit. Niemand außer der Sozialdemokratie hat überhaupt bisher mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Ausgestaltung unserer sozialen Verhältnisse immer mehr und mehr die Nahrungsmittelversorgung zu einer öffentlichen Angelegenheit machen müsse. Denn wir dürfen nicht vergessen haben, daß man uns als kommunalistische Schwärmer zurückweisen und sich nicht widerstreben bereit gefunden, auf gewissen Grenzgebieten von Nationalität an Dinge usw. zu einigen Zuständen zu kommen. Somit hat man nur vom hygienischen Standpunkt aus allgemeine Einwirkungen auf diesem Gebiet getroffen, die zum Teil die Rohstoffe für die Lebensmittel, Salz, Zucker, Mehl, Getreide und dergleichen. Jetzt stellt sich heraus, daß für vernünftige Maßnahmen in Zukunft auf diesem Gebiet gelehrt werden muß.“

Die Reichliche Gemeinden haben jetzt organisierte Tätigkeit auf dem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung geleistet, und darüber ist von Seiten der Kommune erklärt worden, daß diese Organisationen nach dem Kriege noch ausgebaut werden sollen. Die kommunalistische Schwärmer werden sie nicht beirren. Im Gegenteil! Die amtliche Korrespondenz mitteilt: „Der richtige Weg gewinnt Boden.“

Staubhaken und Linoleum.

Das k. k. Ministerium des Innern hat die Dresdener Handelskammer um ein Gutachten darüber ersucht, ob ein empfindlicher Hinweis auf die Verwendung von Linoleum zu Staubhaken in den Zeitungen und sonst angezeigt sei. Die Handelskammer hat sich dahin geäußert, daß die von ihr bekannten Firmen meist keine eigene Erfindung in der Verwendung von Linoleum für Staubhaken haben. Inzwischen sind diese Waren, die Linoleumhaken in beschränktem Maße einen brauchbaren Ersatz für Leinwand abgeben, und zwar für größere Zimmer, nicht aber auch für kleinere Räume, bei denen Wert auf dauernde gute Aussehen gelegt wird. Die Linoleumhaken sind sehr leicht zu reinigen, die nicht zu überwinden seien und durch die der Wert der Schuhe beeinträchtigt werde, der Verwendung von Linoleum haken unter Vermeidung der beschränkten Verwendungsmöglichkeiten bestanden daher keine Bedenken.

Naturverwöhnung.

Man hat die glatte Witterung der letzten Wochen an den Händen im Maße die einen Ernte hervorbringt, da kann man sich schon wieder freuen, wie die Naturräuberet beginnt. Die ganzen Wälder klingen mit dem „Käse“ bilden kommen und, dann und wann aus dem Walde gezogen, sie wollen den Stücken Fröhlichkeit mit nach Hause nehmen. Aber das ist nicht anders als geordnete oder richtiger Naturverwöhnung. Denn was dem einen recht, das ist dem anderen richtig, und man ein jeder, der einen Spaziergang in dem Wald hat, in die die Stadt umgebenden Anlagen macht, in gleicher Weise kommen, dann ist es um unsterblich und unsterblich Anlagen schlecht bestellt. Bedenken denn diese Leute gar nicht, daß die Natur nicht nur für ihre eigene kleine Person da ist, sondern daß sie sich auch um die Natur, an dem ein jeder zu erziehen soll?

Wie ergötzt sich der Naturfreund, der Tag für Tag in der Natur verweilt oder dementsprechender Beschäftigung zuzuhören, der einen Spaziergang in den ersten Frühen Frühling, er an einem Spaziergang und er hat sich die ihm Kunde von dem auch noch langweiligen Amusements des Frühlinges geben. Aber die Natur wird ihm verträglich durch den Frühling immer mehr, der nicht wenig an Schaden haben, sondern erst dann die Natur hat, wenn sie ein Wunder der Natur mit heimischen Pflanzen, die nach ihnen kommen, werden die kalten Früchte befruchten. Nach einigen Tagen aber will man den ganzen Frühling aus der Natur in den Frühling.

Man hat die glatte Witterung der letzten Wochen an den Händen im Maße die einen Ernte hervorbringt, da kann man sich schon wieder freuen, wie die Naturräuberet beginnt. Die ganzen Wälder klingen mit dem „Käse“ bilden kommen und, dann und wann aus dem Wald gezogen, sie wollen den Stücken Fröhlichkeit mit nach Hause nehmen. Aber das ist nicht anders als geordnete oder richtiger Naturverwöhnung. Denn was dem einen recht, das ist dem anderen richtig, und man ein jeder, der einen Spaziergang in dem Wald hat, in die die Stadt umgebenden Anlagen macht, in gleicher Weise kommen, dann ist es um unsterblich und unsterblich Anlagen schlecht bestellt. Bedenken denn diese Leute gar nicht, daß die Natur nicht nur für ihre eigene kleine Person da ist, sondern daß sie sich auch um die Natur, an dem ein jeder zu erziehen soll?

Das muß unsern Väter immer und immer wieder bis zu uns kommen, das nach dem Stande unserer Erziehung und unserer Gefühle. Vor allem sollte deshalb in der Natur auf diese Weise gegen die eigene Heimat hingewiesen, die der Natur gefast werden, daß es notwendig sei, den natürlichen Erzeugnissen, die der Natur verleiht, die friedliche Welt der Erhaltung des Aufbaus entgegenzusetzen.

Gesunkener Dampf-Sandbagger.

In der Nacht zu Freitag ist der Dampf-Sandbagger der Riessbagger Leopold Wollschel, Lorenzstraße 9/11, gesunken. Der Bagger lag zur Überwinterung in der Oder vor dem Stadthafen Bachhof an der Lorenzstraße. Die Ursache des Sinkens konnte bisher nicht ermittelt werden. Vermutlich ist ein Ventil aufgeklappen. Der Bagger liegt mit dem Boden auf dem Grunde der Oder und nur die oberen Teile des Baggers ragen aus dem Wasser heraus. Veranstellungen zu seiner Hebung sind bisher noch nicht getroffen worden.

Schnaps in Biergläsern.

In einem Schnapslokal auf der Friedrich-Wilhelmstraße wurde eines Tages im Oktober ein Tischler von einem Kriminalbeamten dabei betroffen, wie er nachmittags um 6 Uhr im Besitze eines Schnapslokal: eine Flüssigkeit zu sich zu nehmen. Der Beamte merkte sofort, daß es sich nicht um Bier handelte. Der Tischler behauptete aber auf Befragen, er trinke einen Schnaps. Schließlich mußte er aber eingestehen, daß ihm die Wirtin im Schnapslokal Kornbranntwein verabfolgt hatte. Die Wirtin hatte sich in zweifacher Beziehung strafbar gemacht. Sie besaß nicht die Erlaubnis zum Ausschank von Branntwein und dann hatte sie gegen die Verordnung verstoßen, daß Branntwein nach 5 Uhr nachmittags nicht verabfolgt werden darf. Sie erhielt deshalb einen amtsrichterlichen Strafbefehl über fünfzig Mark. Aber auch der Tischler erhielt wegen Anstiftung einen Strafbefehl über fünfzig Mark. Während die Wirtin die Strafe bezahlte, erhob der Tischler Einspruch. Vor dem Schöffengericht hatte er seinerzeit ausgeführt, daß für eine Anstiftung zu einem Vergehen nicht vorzuliegen könne. Er habe die Wirtin weder durch Reden, noch durch andere Mittel bestimmt, daß er Branntwein erhalte. Er sei vielmehr in das Schnapslokal getreten und habe einfach um einen Schnaps gebeten, weil er Durst bekommen habe. Die als Zeugin vernommene Schankwirtin bestätigte damals diese Angabe. Damit die Sache nicht aufhabe, habe sie den Branntwein in ein Bierglas hineingegossen. Das Schöffengericht hatte seinerzeit den Angeklagten freigesprochen, indem es ausführte, daß in dem einzelnen Verhalten des Beschuldigten auf Verabfolgung von Schnaps eine strafbare Anstiftung nicht gefunden werden könne. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Nach längerer Beratung war das Gericht der Ansicht, daß sich der Angeklagte einer Verleumdung zu einem Gemeinvergehen schuldig gemacht habe. Es sah die Sache aber von der wahren Seite an und verurteilte deshalb den Angeklagten nur zu einer Geldstrafe von drei Mark.

Lebensmittelpollung. Am Freitag morgens 8 Uhr fand man ein im Hause Hörsingstraße 15 in Stelluna befindliches Dienstmädchen in der Küche bewußlos vor. Der Gasflansch vom Kochherd war abgetrennt und die Küche voller Gas. Der eingekerkerte Samarkiter schaffte das Mädchen, das noch lebend zeigte, mittels Krankenwagens ins Wenzel-Hande-Krankenhaus.

Ein neuer Schwindler. Als Gutsbesitzer, Gutsverwalter oder Gärtner, der viel Honig, Sirup, Kartoffeln u. a. m. bezieht, tritt er seit einiger Zeit in Breslau und in dessen Umgebung auf und sucht Abnehmer. Es finden sich denn auch Leute, die mit ihm in Geschäftsvorbereitung treten. Sie erhalten eines schönen Tages durch Nachschauung oder durch Fernschreiben die Mitteilung, die bezahlte Ware sei bereits auf dem Wege nach dem Empfänger und müsse in kurzer Zeit eintreffen. Inzwischen erscheint der Schwindler entweder selbst und weiß unter irgend einer Vorrede eine Anzahlung zu erlangen, oder er läßt sich auch sogar den ganzen Betrag nach irgend einer Ost- oder Schankwirtschaft drablich anweisen. Auf die bezahlte Ware warten dann die Kunden vergebens und merken in spät, welche einem getriebenen Gauner sie in die Hände gefallen sind. Der Betrüger tritt unter verschiedenen Namen auf, ist etwa 40 bis 45 Jahre alt, 1,66 m groß, kräftig gebaut, hat blonde dünne Haare, blonden dünnen Schnurrbart, hochgraues blaues Gesicht, etwas nach vorne abgewinkelte Haltung. Er spricht sehr schnell, wobei man die süddeutsche Mundart heraushört. In dem dunklen Rodanzus, den er trägt, fehlt nicht das schwarz-weiße Band des Eisernen Kreuzes; sodann ist er mit schwarzem Lebersteher und schwarzem, steifen Out bekleidet. Zur Ermittlung des Schwinders geeignete Mitteilungen werden nach dem Polizeipräsidium, Schulstraße 46, Zimmer 5, erbeten.

Sport- und Körperpflege.

Arbeiter-Turner!

Als Arbeiterturnerkreise wird uns geschrieben: Es sind schon über achtzehn Monate seit Beginn des Krieges vergangen, und jeder Mensch weiß, daß wir eine schwere Zeit hinter uns haben, und wir können nicht wissen, was uns noch bevorsteht. Darum ist es nicht, daß die Turngenossen, die noch zu Hause sind, die Turnkarte ernst nehmen und die Gleichgültigkeit abstreifen. Sie legen sich in vielen Vereinen angriffen. Die Gleichgültigkeit mindert aber die Verneinung und wir sind nicht imstande, die Turnkarte ernst zu nehmen über den Gauner. Die Turngenossen haben aber, wenn unsere Genossen aus dem Felde heimkehren, Redensarten abzugeben über ihre Vereinstätigkeit während des Krieges, und deshalb muß jeder Turngenosse betriebslos sein, seinen Verein durch rege Mitarbeit lebensfähig zu erhalten. Wenn alle Turngenossen, die noch zu Hause sind, bestrebt sind, die Vereine wieder zu den Höhe zu erheben, damit diese dem Bund, Kreis und Welt gegenüber ihre Pflicht erfüllen können, dann ist ihnen der höchste Dank der heimkehrenden Arbeiterturner zu sagen. Und den sollte jeder Arbeiterturner sich zu erwerben versuchen.

Vermischtes.

Der verachtete Vindex. Eine löbliche Travestie wurde sich dieser Tage in der Schweiz abspielen. Ein Tierarzt sucht nämlich bei den zuständigen Behörden seine Ehre wieder in Stand zu setzen, nachdem sie durch einen Bauer beschädigt worden, was auf folgende Weise geschah. Der Bauer kaufte ein Pferd und ließ es vor Abschluss des Handels durch einen Tierarzt auf seinen Gesundheitszustand untersuchen. Der Kauf wurde, gestützt auf die zustimmende Aussage des Veterinärs, abgeschlossen; aber das Pferd erwies sich nicht als so kräftig, wie es der Käufer hatte erwarten dürfen. In seinem Zorn machte der Bauer in einem Briefe an den Tierarzt Luft, den er auch anderen Bauern des Dorfes zeigte und in dem er schrieb: ihm läge es, der Tierarzt sei mehr Vindex als Pferdearzt. Darauf verlangte der Veterinär den Bauer wegen Verleumdung. Der Bauer jedoch, der selbst eiliche bürgerliche Ehrenämter bekleidete, rechtfertigte sich mit der Behauptung, er habe nur verneinend, den Vindex nicht anzubringen, indem er hätte sagen wollen, der Vindex sei ihm mehr Vindex als ein Pferdearzt zu sein. Der Veterinär obte sich aber damit nicht zufrieden, und so werden sich die Gerichte in dieser waffenklingenden Zeit mit einem Prozesse um eines verneinenden Vindexstriches willen zu beschäftigen haben.

Genossen! Agitiert überall für die Arbeiterpresse!

Neueste Nachrichten.

Die Kanzler-Erklärung.

Eine andere Uebersetzung.

Köln, 10. Februar. Der Berliner Berichterstatter der „Metropol World“, Karl v. Wiegand, veröffentlicht den Inhalt einer Unterredung, die er mit dem deutschen Reichskanzler hatte. „Metropol Courant“ bringt daraus einen Auszug, in dem es heißt:

Was Ihre Regierung verlangt, erklärte Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, ist eine unmögliche Demütigung. Ich bin weit gegangen, um die heftigen und freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu erhalten, die zwischen uns und ihnen vor dem Tage an bestanden haben, wo vor 120 Jahren Preußen als einer der ersten Staaten die Unabhängigkeit Amerikas in seinem Kampfe gegen England anerkannte. Sie wissen, daß ich in dieser ganzen Angelegenheit einen höchsten persönlichen Sinn gegenüber Ihrem Lande und Volk habe. Ich bin bereit gewesen und bleibe es, Amerika alles zuzugestehen, was Deutschland billigerweise in der Behauptung seiner Grundsätze, der Gerechtigkeit und seiner Ehre zugestehen kann. Allein ich vermag eine Demütigung Deutschlands und des deutschen Volkes nicht zuzustimmen. Ich kann mir die Waffe der Unterwerfung nicht aus der Hand nehmen lassen. Ich kann Amerika nicht verabschieden und eine Fortsetzung der heftigen Beziehungen zu dem von jedem Deutschen geschätzten Lande nicht gemahnen, wenn es auf Unkosten einer nationalen Demütigung geschehen soll. Ich erkläre Ihnen dies nicht mit leichtem Herzen, sondern, ich bin mir der Tatsache bewußt, daß ich die Einbindung des ganzen deutschen Volkes ausbreite. Der Reichskanzler gab offen zu, daß weder die deutsche Regierung, noch das deutsche Volk die Möglichkeit eines Abbruchs der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, der einzig neutral gekleideten Großmacht, selbstverliegend oder absichtlich ins Auge faßt. Allein, erklärte er, der Wortlaut der Note des Staatssekretärs Lamina habe ihm keine andere Wahl als eine Ablehnung gelassen. Seine deutsche Regierung vermöge sich zu fällen, wenn sie einer solchen Entscheidung zustimmen würde. Er erklärte indes, er habe das Vertrauen noch nicht verloren, daß der gesunde Menschenverstand die Oberhand über die Forderungen von Washington gewinnen werde. Dann laute er u. a.: Wir können für uns die Welt. Das deutsche Volk oberst demütig sein Blut und alles, was es besitzt, für das Vaterland. Wir haben nicht im Kriege mit Amerika, wie wir nicht, mit Amerika in einen Krieg zu geraten. Ich habe alles getan und werde weiter alles tun, was in meiner Macht steht, um einen Frieden zu vermitteln, allein es gibt Dinge, die ich nicht tun kann. Wenn in Amerika der gleiche unrichtige Wunsch besteht, zu einer Uebereinkunft zu gelangen, wie er sei der deutschen Regierung und sei dem deutschen Volk vorhanden ist, so wird es keinen Frieden in den guten Beziehungen geben, die mehr als hundert Jahre zwischen den beiden Ländern bestanden haben.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12-1 Uhr Mittags. Telefonisch werden Auskünfte nicht erteilt.

G. S. Friedrich-Wilhelm-Strasse. Unterstützung oder Rente können Ihnen nicht gewährt werden.

V. Friedrichstraße. Die „Verlässlichkeit“ ist eine Zuschussklasse, die kranker Arbeiter nicht unterstützt, auch kein Sterbegeld an Arbeiterwitwen und -Eltern zahlt.

H. Weinstraße. Stadtrat Jungfer, Ritterplatz 1, 2. Stod, Zimmer 24.

A. Schieferbergstraße. Sie müssen an das Standesamt schreiben, wo die Geburt eingetragen ist.

K. S. Landstrasse. Hat der Besetzung keine Kost beim Meister, bekommt er auch kein ausreichendes Gehalt, so wird die Kriegsunterstützung für den Gehalt gezahlt, sonst nicht.

H. G. 100. Laut § 11 des Gesetzes über die Wehrunterstützung wird die bewilligte Unterstützung bis zum Wiedereintritt in den Dienst eingestellt, wenn sich der Eingezogene der Fahnenflucht schuldig macht oder zu einer Gefängnisstrafe von mehr als 6 Monaten oder zu einer härteren Strafe verurteilt wird. Ersuchen Sie im Zimmer 7 (Ritterplatz), daß Sie weiter unterstützt werden.

A. Lomitz. Bei der Vermählungs-Kompagnie haben Sie nur 33 Bfg. täglich zu fordern; Sie gelten jetzt als unbesoldeten mit Friedenslohnung.

M. Neustadt 23. Die Frau möchte in jedem Falle Kriegsunterstützung erhalten, die beim Magistrat, wenn es nicht anders geht, schriftlich zu beantragen ist. Wegen des Kriegstermgeldes ist Einbruch zu erheben bei der Behörde, die den abnehmenden Bescheid gegeben hat. Aber die Frau soll außerdem den Antrag auf Kriegsunterstützung beim Magistrat stellen. Denn bekommen die Eltern kein Kriegstermgeld, so ist ihnen laut Ministerialerlass vom 19. 11. 1915 diese Unterstützung bis Kriegsende weiter zu zahlen.

Z. Kottwitz. Der Soldat, der aktiv dient oder noch nicht zur Heerzeit entlassen ist, braucht zum Heiraten die Erlaubnis seiner Vorgesetzten und die Geburtsurkunde.

M. S. Kottmar i. B. Die Kriegsunterstützung muß in diesem Falle gezahlt werden; aber ab dem Beginn des Krieges an nachgezahlt wird, ist zweifelhaft. Die Gemeinden legen in der Regel nur erkennen die Bedürftigkeit für die zurückliegende Zeit nicht an. Wäre die Not sehr groß gewesen, so hätte für bald die Unterstützung angefordert. Dieser Einwand kann meistens als nichtig nicht angesehen werden, denn fast immer kommen die Anträge deshalb so spät, weil die Wäiter, Väter usw. nicht konnten, oder sie berechtigt sind, in der Unterstützung zu verlangen.

P. S. 100. 1. Nach der Aneinanderung hat die Ehefrau Anspruch auf Unterstützung für sich und ihre Kinder. 2. Die Schulden für Ihren Ehemann brauchen Sie nicht zu bezahlen. So lange Ihr Mann im Felde ist, kann gegen ihn nichts unternommen werden.

Genosse im Felde. 1. Das Kriegstermgeld wird nur gezahlt, wenn der Gefallene oder Geforbene die Eltern oder Großeltern ganz oder überwiegend ernährt hat. 2. Ja, wenden Sie sich an die Polizei. 3. Das eingezahlte Kriegsgeld des gefallenen Sohnes erhalten die Eltern nicht zurück, aber sie bekommen von der Landes-Verwaltungsanstalt die Zahlung von 50 Mark, wenn sie der Sohn unterstützt hat.

H. S. Friedrich-Wilhelm-Strasse. 1. Es kommt auf den Magistrat in Bromberg an. Die Mutter soll im Armenbureau vorsprechen und bitten, daß ihr die Unterstützung auch im Freizeit gezahlt wird. 2. Das Badenbäder ist nicht erlaubt.

Der Wasserstand der Oder.

Station	1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.	1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.
Wasser	202 197 193 184	208 210 214 218
Graf	177 175 171 162	208 210 214 218
Wasser	202 197 193 184	208 210 214 218
Köln	202 197 193 184	208 210 214 218
Wasser	202 197 193 184	208 210 214 218
Graf	177 175 171 162	208 210 214 218
Wasser	202 197 193 184	208 210 214 218
Köln	202 197 193 184	208 210 214 218
Wasser	202 197 193 184	208 210 214 218
Graf	177 175 171 162	208 210 214 218
Wasser	202 197 193 184	208 210 214 218
Köln	202 197 193 184	208 210 214 218
Wasser	202 197 193 184	208 210 214 218
Graf	177 175 171 162	208 210 214 218
Wasser	202 197 193 184	208 210 214 218
Köln	202 197 193 184	208 210 214 218

